

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

156 (8.7.1913)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2850.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Die neuen Steuern. Agrarier und Fürsten.

Mit Nachdruck hat man darauf hingewiesen, daß sowohl in dem Gesetz über den Wehrbeitrag wie im Besitzsteuergesetz den Agrariern nach alter schlechter Gewohnheit eine besondere Vergünstigung gewährt worden sei. Dadurch, daß man vorjährig, der Wertbestimmung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke solle nicht wie bei anderen Vermögensobjekten der Gemein- oder der Verkaufswert, sondern das Hofschätzungsmaß zugrunde gelegt werden, öffnete man in der Tat der Willkür ländlicher Veranlagungsbehörden Tür und Tor. Es ist bekannt, daß namentlich in Preußen der Ertrag von Landgütern, wenn es sich um die Steuererklärung handelt, sehr niedrig angesetzt zu werden pflegt. Wir brauchen nur an die Enthüllungen zu erinnern, die ein so konservativer Mann, wie Prof. Hans Delbrück (in den „Preußischen Jahrbüchern“) über die Steuerpraxis der Agrarier gemacht hat, Darlegungen, die zwar heftig angegriffen, aber in ihrem Kern nicht erschüttert werden konnten. Die meisten Ostelbier würden große Augen machen, wenn ihnen ein Kauflehaber nur das Hofschätzungsmaß als Kaufpreis für ihr Gut bieten wollte, was sie selbst bei der Steuerveranlagung als Ertragswert angaben, oder was die Veranlagungskommission unter dem Vorbehalt des verständnisvollen Landrats schätzungsweise „ermittelte“. Man kommt nicht um das herum, was der Senatspräsident beim preußischen Oberverwaltungsgericht, Herr Struß, gleich bei der Eröffnung der Diskussion über den Wehrbeitrag in der „Deutschen Juristenzeitung“ schrieb: „Im Rahmen des Wehrbeitrags bietet das Prinzip der Wertbestimmung land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke nach dem Ertragswert eine wenn möglich noch hagerere Verletzung der steuerlichen Gerechtigkeit, als in dem preußischen Ergänzungsteuergesetz und im Erbschaftsteuergesetz.“ Obgleich auch sonst in der Debatte innerhalb und außerhalb des Reichstags diese Ungerechtigkeit immer wieder scharf hervorgehoben wurde, gelang es doch nicht, in diesem Punkte eine Aenderung zu erzielen, namentlich weil der rechte Flügel der Nationalliberalen aus Rücksicht auf seine agrarischen Wähler mit den Konservativen und dem Zentrum eine unerschütterliche Schutztruppe für den Großgrundbesitz formierte. Für den Großgrundbesitz — denn der kommt beinahe allein hier in Frage, weil bei den Kleinbauern der Wehrbeitrag aus ihren Grundstücken von den Steuerbehörden in der Regel recht hoch angerechnet wird, namentlich dort, wo die Ertragssteuern die Basis des staatlichen Finanzwesens bilden, wie in Bayern. Es war daher eine eigene Schutzvorschrift für die Bauern und für den städtischen Grundbesitz insofern unerlässlich, als man ihnen im Besitzsteuergesetz freistellte, wenigstens auf Antrag den gemeinen Wert ihres Anwesens bei der Steuererklärung festsetzen zu dürfen.

Die Erörterung über die Bevorzugung der Agrarier durch die Wertermittlung nach dem Ertragswert hat sich übrigens, wie nebenbei bemerkt sei, mehrfach in verkehrter Richtung bewegt. Man hat auf Anzeigen in agrarischen Blättern hingewiesen, worin Güter z. B. für den 95fachen Wehrbeitrag zum Kaufe angeboten wurden und daraus geschlossen, die Begünstigung der Agrarier in den neuen Gesetzen sei noch viel größer, als man annehme. Diese Ansicht beruht aber auf einer zu Mißverständnissen führenden doppelten Verwendung des Wortes „Wehrbeitrag“. Der in den erwähnten Anzeigen genannte „Wehrbeitrag“ ist nicht dasselbe, was das Besitzsteuergesetz und der Wehrbeitrag unter dem Ausdruck verstehen, sondern der katastrische Grundsteuer-Wehrbeitrag der in Preußen nach dem Gesetz von 1861 festgelegt und seither allen Veränderungen der Gesetze und aller Entwicklung unseres gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Lebens zum Trotz immer noch aufrechterhalten blieb. Es würde direkt gegen die neuen Gesetze verstoßen, wollte man diesen alten Katastermaßstab der Wertermittlung zugrunde legen; vielmehr handelt es sich nach dem Willen des Gesetzgebers jetzt um den wirklichen, bei ordentlicher Bewirtschaftung erzielenden oder zu erzielenden Ertrag, d. h. um das, was ein Grundstück gegen die hineingesteckte Arbeit und das hineingesteckte Kapital dargeboten hat.

Die Steuerpflicht der Fürsten ist im Wehrbeitragsgesetz ausdrücklich ausgesprochen, fehlt dagegen im Besitzsteuergesetz. Die Kommission hatte einen sozialdemokratischen Antrag, sie auch dort zu stipulieren, abgelehnt; das Plenum des Reichstags hatte sie in zweiter Lesung zunächst hineingeschrieben, nahm sie aber in der dritten dann wieder heraus. Inzwischen hatte nämlich die Regierung mit Schraube und Pressen gearbeitet. Von Anfang an stellte die Regierung die Fiktion auf, daß die Fürsten den Wehrbeitrag als ein einmaliges „patriotisches Opfer“ freiwillig leisten wollten, dagegen kraft „Gemeinen Deutschen Staatsrechts“ im übrigen von direkten Steuern ausgenommen seien. Gegen die Haltbarkeit dieser Auffassung spricht der entscheidende Umstand, daß

das berühmte „Gemeine Deutsche Staatsrecht“ nirgends anders als in der Phantasie dienstbesessener Staatssekretäre besteht. Die Mehrheit des Reichstags hat sich darüber in sehr deutlichen Ausführungen ausgesprochen. Wenn sie dennoch beim Besitzsteuergesetz nicht auf ihrem Beschluß bestehen blieb, so ist das lediglich dem vom Reichskanzler und den Bundesratsbevollmächtigten, wie schon erwähnt, in letzter Stunde ausgeübten Druck geschuldet, obgleich es aus politischen Gründen undenkbar ist, daß das Gesetz an diesem Punkte trotz aller Verteuerungen der Regierung hätte scheitern können. Das wäre fürwahr ein lustiger Wahlkampf geworden, dessen Parole gewesen wäre: Für oder gegen die Steuerfreiheit der Fürsten!

Zimmerhin hat der sozialdemokratische Vorstoß auch in dieser Sache erhebliche Erfolge gezeitigt. Einmal hat, was den Wehrbeitrag anlangt, der Schatzsekretär erfahren müssen, daß die Fürsten die vollen Sätze des Beitrags nach den Vorschriften des Gesetzes zahlen müssen, während es in der Begründung des Entwurfs nur ganz allgemein geheißen hatte, daß sich die Fürsten an dem Wehrbeitrag „beteiligen“ würden, ein Versprechen, das schließlich durch die Spende einer 5 Pfg.-Briefmarke dem Wortlaut nach erfüllt gewesen wäre. Etwas aber ist immer wieder, und zwar gerade auch beim Besitzsteuergesetz, betont worden, daß an der Steuerpflicht der Fürsten nach Ansicht der überwältigenden Mehrheit des Parlaments kein Zweifel bestehe und daß die Steuerpflicht gerade durch die Reichstagsbeschlüsse begründet werde. Noch mehr — laut Wertzuwachssteuergesetz vom 14. Februar 1911 ist die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin ausdrücklich als Ausnahmebestimmung aufgeführt worden.

Da das steuerstatistische Material über Wehrbeitrag und Besitzsteuer dem Reichstag regelmäßig vorgelegt werden muß, wird sich immer wieder Gelegenheit bieten, das Thema der Steuerpflicht der Fürsten anzuschneiden. Und das wird solange und so nachdrücklich geschehen, bis die Herrschaften sozusagen kniefällig um die Erlaubnis bitten werden, die direkten Steuern auch, wie jeder andere nach seinen Umständen steuerpflichtige Angehörige des Deutschen Reiches zahlen zu dürfen!

Mit Gott für König und Vaterland.

Mit jäher und bewunderungswürdiger Energie verteidigen die Konservativen die politischen und wirtschaftlichen Privilegien des Junkertums. Für die Getreidesölle und Einfuhrzölle, die dem Großbesitz einen „unverdorbenen Wertzuwachs“ aus den Taschen der Allgemeinheit sichern, kämpfen sie mit derselben Erbitterung wie für die Erhaltung der ostelbischen Gutsbezirke, durch die ihnen wenigstens auf dem Verwaltungsgebiete ein Rest der ehemaligen absoluten Herrschaft über die Bauern bleibt. Die Branntweinliebesgabe gilt ihnen ebensoviel wie die Sonderstellung des Adels in der Armee. Sie setzen sich mit derselben Kraft und Begeisterung, die sie gegen eine Reform des preußischen Landtagswahlrechts aufbringen, gegen die Einführung direkter die Landwirtschaft belastender Steuern ein.

Aber natürlich haben sie auch ihre Ideologie. Sie sagen nicht: wir wollen unseren Profit sichern und wollen die Machtstellung des Adels und Grundbesitzes in Staat und Reich gewahrt wissen, nein, sie treten für Ideale ein. Selbstlos und opferfreudig in einer schweren Zeit, in der die Unvernunft und die Schwäche die Böswilligkeit mit dem Heiligsten Spott treiben und die höchsten Güter antasten läßt. Die konservativen Ideale sind Gott, d. h. der Christengott, König und Vaterland. Jede Aeußerung der öffentlichen Meinung, jede Maßnahme der Regierung, jeder gesetzgeberische Versuch wird mit dem Maßstabe dieser drei Begriffe gemessen, und dann zumal holt man ihn hervor, wenn die konservative Partei eine Niederlage erlitten hat, und es nun darauf ankommt, die großen Gefahren des Abweichens von den Linien der junkerlichen Politik weiteren Kreisen begreiflich zu machen.

So jetzt wieder, nachdem das Steuerproblem eine andere Lösung erfahren hat, als es der Rechten angenehm war. Sie klagen nicht etwa, weil die verhasste Besteuerung des Kindeserbes nun doch, wenn auch in stark verbünnter Form, durchgeführt ist. Sie fühlen sich nicht deshalb schmerzlich berührt, weil die ersten Schritte auf einem Wege getan sind, auf dem man ohne Zweifel zu einer wirklichen Ausnutzung der agrarischen Leistungsfähigkeit gelangen wird; der Grund ihrer Abneigung gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ist nur ihre Ueberzeugung, daß man der Zerstörung der von ihr so opferfreudig verteidigten idealen Werte wiederum ein gut Stück näher gekommen ist.

Ein Zusammenhang der Vermögenszuwachssteuer mit dem Christentum ist allerdings nicht ganz leicht zu konstruieren. Aber die Konservativen haben sich so sehr daran gewöhnt, bei allem, was ihnen abträglich ist, den Einfluß des Judentums zu suchen, daß sie ihn auch hier finden. Freisinnige und Sozialdemokraten haben bei der Zuwachssteuer mitgewirkt; beide Parteien werden nach konservativem Glaubenssatz heimlich oder öffentlich von Juden geführt, die antichristliche Tendenz der Gesetzgebung liegt also klar auf der Hand

Daß das Vaterland bedroht ist, läßt sich schon wesentlich einfacher nachweisen. Das Vaterland ist in diesem Falle allerdings nicht das Deutsche Reich als solches. Das Vaterland ist der Föderativstaat. Der bedrohte Reichsgebilde — das sind die Rechte der Bundesstaaten, das sind vor allen Dingen die Rechte des junkerlich regierten Preußens. Wenn das Deutsche Reich seine finanzpolitischen Kompetenzen erweitert, und wenn es auf diese Weise den Einfluß beschränkt, den die reaktionäre Mehrheit in Preußen auf Preußen und indirekt auf das Reich ausübt, dann ist der Reichsgebilde in Gefahr und das Vaterland bedroht. Die Logik ist dem Laien nicht ohne weiteres verständlich, aber der Junker begreift sie. Nach seiner Auffassung hat das Deutsche Reich völlig seinen Sinn und Wert verloren, wenn es sich über Preußen stellt; wenn es anfängt, der preußischen Zuchttrute zu entwachsen.

Aber was am meisten und nachdrücklichsten geschürt werden muß, sind die Rechte des Monarchen. Werden sie angetastet, dann flammst das konservative Herz in heiligen Zorn, dann empört sich die Basallentreue, die nichts anderes kennt als die Macht des königlichen und kaiserlichen Herrn und den Glanz seines Namens. Und wehe dem Minister, der es zugeht, daß ein Parlament sich Rechte anmaßt, die dem Monarchen gebühren. Er wird an den Pranger gestellt und die Loyalität, die den Konservativen tief in der Seele wohnt, wird alles tun um die Stellung dieses Schwächlings zu untergraben.

Auch Herr v. Bethmann-Sollweg hat den gegen den Thron anstürmenden Scharen viel zu viel Spielraum gelassen. Er hat den Wünschen des Reichstags in der Steuerfrage nachgegeben, und auf diese Weise die Ueberheblichkeit dieses „demokratischen Konvents“ erheblich unterstüßt. Es kann ihm, so groß die „Kreuzzeitung“, der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß er im Nachgeben gegen das Andringen der demokratischen Elemente im Reichstage entschieden zu weit gegangen ist und sich in bedenklicher Weise auf die schiefen Ebenen begeben hat, von der es, wenn dieser Weg weiter verfolgt wird, schließlich kein Zurück mehr gibt.

Vernimmt du es, König, wie deine Junker deine Interessen vertreten?

Doch mit dieser Nachgiebigkeit gegenüber den Deckungswünschen des Parlaments ist ja noch nicht genug. Die Regierung hat bei weitem nicht mit dem nötigen Nachdruck jene anderen Attacken des Reichstags zurückgewiesen, die sich noch unmittelbar gegen die Prärogative des Monarchen richteten. Sie hat von einigen lahmen Erwidierungen und Verwahrungen abgesehen, nichts dagegen unternommen, daß die Linke die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn antastete. Vor allen Dingen die Sozialdemokratie hat bei der Beratung der Wehrvorlage Anträge bezüglich der inneren Verhältnisse des Heeres gestellt, die bei einem wahrhaft monarchisch empfindenden Menschen Schauer ermeden müssen. Was angesichts derartiger revolutionärer Vorstöße Pflicht der Regierung gewesen wäre, das hat ihr auf dem pommerischen Parteitag der Konservativen das Herrenhausmitglied General der Kavallerie v. Kleist gesagt: „Ich würde mich nicht gewundert, sondern gefreut haben, wenn der Kriegsminister hinausgegangen wäre und die Tür mit einem solchen Krach zugeworfen hätte, daß der ganze Reichstag ausmündergefallen wäre.“

Es scheint, daß der Kriegsminister so gut wie der Reichskanzler gar keine Vorstellung von dem Umfang der kaiserlichen Kommandogewalt besitzen haben. Die Konservativen müssen die Regierung erst jetzt darüber belehren, worin die Verpflichtungen an diesem Grundgesetz bestanden. Die Anträge auf Beseitigung der ausschließlich oder überwiegend abligen Offizierskorps auf Herbeiführung eines Austauschens zwischen den Offizieren der Grenzregimenter und der in den großen Städten garnisonierenden Truppenteile, auf Beseitigung der Bevorzugung des Gardekorps gehören dahin. Aber die Grenzen der Kommandogewalt gehen noch weiter: Sie wurden, wie die konservative Presse auseinanderlegt, schon verletzt, als man Anträge und Resolutionen auf Revision der militärischen Beschwerdeordnung und des ehrengerichtlichen Verfahrens einbrachte; ja sogar die Regelung des Militärboykotts und die Gestaltung des Burdenwesens sind einzig und allein Sache des obersten Kriegsherrn. Am besten drückt es wieder der General v. Kleist aus, worum es sich handelt:

Das will ich hier doch einmal sagen, daß die Armee für das Interesse des Reichstags an ihrem immerwährenden Leben durchaus dankt. Wir wollen nichts davon wissen und lehnen jede Einmischung des Parlaments unbedingt ab. Der Reichstag mag sein Budgetrecht, das ihm verfassungsmäßig zusteht, so ausüben, wie er es mit seinem Gewissen beantworten kann. Darüber hinaus geht ihn die Armee nichts an. Wir sind Soldaten und Offiziere des Königs und gehorchen ihm allein.

Wohlgemerkt, der General spricht nicht in vorgerückter Stunde auf einem Liebesmahle, sondern auf einem konservativen Parteitag. Widerspruch findet er selbstverständlich nicht. Seine Parteifreunde sind seiner Ansicht. Der Reichstag hat ihr höchstes Ideal, das Königtum angegriffen und bedroht und die Regierung ist ihm nicht mit der nötigen Entschiedenheit begegnet. Diesen stärksten Trumpf spielen die Junker aus, um die schmerzlichen Verluste der letzten Zeit wieder einzubringen. Sie scharen sich um den Thron in der Hoffnung, daß dieser Thron ihnen Schutz und Hilfe bringt.

Seite 8.
1908
e
t-
en
(in Bad.)
ell
bis 5. D.
August
gegen alle
1/7 Uhr
2 Uhr, 8 Uhr
Karlsruhe 12
7, 800, 91
61 Raftatt,
Leitungsbüro
Rathhaus
Tel. 1033.
O. Richter
Sprachlehrer
Haupt-
Buchbinderei
in 8 Eichen,
1907
ein kleiner
ag. **
Hohheit des
erkenntnis im
kleinen
Abend
burger Tor
unerschließend
der Stadt
des Leib-
festgelände
berg durch
Hortalmusik
mittags
11 1/2 Uhr:
Ehren-
m Stab
mittags
Nach-
ei ungen
nd s halt
ter.
Lager.
Hilfsmittel
ffmener,
den 11.
Raftatt,
oblem der
Gewerb-
gebaben
jen
2077
ellen
für Co
ig zu ver-
Werner,
anc Kar-
1848

Deutsche Politik.

Die Steuerpflicht der Fürsten. Aus den jetzt vorliegenden Tabellen über die letzten namentlichen Abstimmungen im Reichstag ergibt sich auch die Gruppierung der Parteien gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag, durch den die Pflicht der Fürsten zur Vermögenswachstumssteuer ausgesprochen werden sollte. Der Antrag wurde abgelehnt mit 194 gegen 170 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Gegen die Steuerpflicht haben die Konservativen mit Ausnahme des Abg. v. Bonin gestimmt, der sich enthielt, ferner geschlossen die Nationalliberalen, das Zentrum mit wenigen Ausnahmen, von der Reformpartei die Abg. Gräfe und Werner-Hersfeld, sowie die Wirtschaftliche Vereinigung, von der nur der Abg. Gebhardt für die Steuerpflicht eintrat und die Welfen. Für die Steuerpflicht eingetreten sind: die Sozialdemokraten und Polen, die Mehrheit der Fortschrittspartei, der Abg. Wauhin von der Reformpartei, die Elffässer, der Bauerabundler Laug und die Zentrumsabgeordneten Häusler und Müller-Kulda. Der Stimme enthielten sich außer dem Reichstagspräsidenten Kämpf und dem konservativen v. Bonin die Zentrumsabgeordneten Schwarz-Schweinfurt und Rauh, Graf Oppersdorf sowie die fortschrittlichen Abg. Gieseler, Subrich und Hoff. Also auch die Fortschrittler, unter denen Herr Gieseler natürlich nicht fehlen durfte, konnten sich nicht entschließen, die Fürsten zur Teilnahme an den Kosten des „patriotischen“ Wertes heranzuziehen.

Nicht zu früh jubeln!! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schwärmt in Bonn. Das Westmannsblatt hat die Mitteilungen von dem Stillstand oder gar dem Mißglang der Wählerbezirke in einer Reihe von sozialdemokratischen Wahlvereinen zusammengetragen und sieht nun den langersehnten unaußfalligen Mißglang der Sozialdemokratie vor der Tür. Sie gibt ihrer Freude in folgenden schönen Wendungen Ausdruck: „Es sieht fast aus, als wären nur noch weitere Preise der Arbeiterpartei auf brauchbare Mittel verfallen zur Selbstbehauptung gegenüber dem Parteiknäuel, dem Verfall, der seinen Sachverständigen und dergleichen, als hätten sich die angestellten oder angestrichelten Sympotanten der Organisationsneuerdings bedeutend mehr „ehrenvolle“ Niederlagen verschrieben der Sorte. Natürlich ist hierüber Schweigen die Parole, und man muß sich schon den einzelnen Verlautbarungen zuwenden, die zu unterdrücken eben nicht anging.“

Der organisatorische Stillstand gibt sicher zu ernstem Nachdenken Veranlassung. Aber soweit wie die „Norddeutsche“ denkt, ist es erfreulicherweise denn doch noch nicht. Und wenn es soweit wäre, dann müßte gerade ihre Triumphgeschrei die Sozialdemokratie zu neuer energischer Agitationsarbeit veranlassen.

Die Heeresvermehrung. Das Armeerechnungsblatt enthält die Neuformation zum 1. Oktober 1913 und die Formationsänderungen aus Anlaß des Nachtrags Etats für 1913. Die dritten Infanterieregimenter werden bei den Regimentern errichtet, die bisher nur aus zwei Bataillonen bestanden; u. a. bei den Infanterieregimentern 122, 169 und 170. Die Festungsmaschinengewehrabteilungen werden u. a. aufgestellt in Diefenhausen, Straßburg, Metz und Müßig. Die neuen Jägerregimenter zu Pferde u. a. in Trier, Saint Avold und Saarbrücken. Die 14 Radfahrkompanien werden den Jägerbataillonen angegliedert. Die Luftschifftruppen werden u. a. aufgestellt beim 8. Armeekorps in Darmstadt, beim 14. Armeekorps in das Luftschiffbataillon Nr. 4 in Mannheim, Göttingen und Friedrichshafen. Zum 15. Armeekorps gehört das Fliegerbataillon Nr. 4, davon der Stab und die erste Kompanie in Straßburg, die zweite in Metz, die dritte in Freiburg im Breisgau.

Die deutsche Regierung wird wieder einmal in Frankreich vorstellig. Vor einigen Tagen meldeten bürgerliche Blätter eine unglückliche Geschichte über die Erschießung eines deutschen Fremdenlegationsrats in Marokko einiger geringfügiger Vergehen schuldig gemacht und sei deshalb zum Tode verurteilt worden. Auf Vorstelligwerden der Eltern des Verurteilten sei dann die Todesstrafe vom Präsidenten der französischen Republik aufgehoben worden; trotzdem sei aber ganz plötzlich die Todesstrafe vollzogen worden. Hierzu erzählt die „Kreuzzeitung“, daß dieser Fall bereits seit einigen Tagen der Untersuchung durch das auswärtige Amt unterliegt. Das Blatt bemerkt noch, es sei auffallend, daß die Angehörigen des jungen Mannes bisher bei keiner deutschen Behörde vorstellig geworden sind. Demnach werde man wohl weitere Bestimmungen des fast unglücklichen Heranges abwarten müssen.

Eine geordnete Ordnungsbühne. Herr Robert Wag Bedert war ein wackerer Sozialistenführer. Er war in dem Dorfe Gersheim bei Chemnitz Gemeindevorstand. Dieser Vorort wurde zur Großstadt geschlagen und seltsamerweise wurde der Gemeindevorstand, der sich als acht nationaler Held im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterpartei gewiß die Sporen verdient hatte, nicht „mitübernommen“, wie der Sachausdruck lautet. Man munkelt allerlei. Herr Bedert öffnete den Mund weit und begann selbst die Sozialdemokraten des Ortes mobil zu machen (d. h. er versuchte es und blühte ab), um seine Anstellung als städtischer Beamter durchzubrüden. Das ist nun einige Jahre her. Bedert wurde Buchhalter und betrieb Unterzahlungen in großem Stil. Urteil: 4 Monate Gefängnis. Dann betrieb er ein Darlehensschwindel-Geschäft. Er wurde abermals festgenommen. Die Anklage besagte ihm, daß er seit Mitte des Jahres 1911 bis November 1912 Gutgläubige, die sich auf Grund von Inzeraten um Darlehen oder Hypotheken an ihn wandten, um etwa 3300 Mk. betrogen hat. Aus der Verhandlung vor dem Chemnitzer Landgericht ist hervorzuheben, daß es sich um nicht weniger als 298 Fälle von versuchten und vollendeten Darlehensschwindelen handelte. Von ihm oder durch seine Vermittlung hat nicht ein einziger Darlehensnehmer Geld erhalten. Bedert wandert auf ein Jahr und vier Monate ins Gefängnis, auch wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren entzogen. So lange mindestens wird er genötigt sein, den Kampf gegen den Illuzin einzustellen.

Ein verdienstlos Urteil über die sogenannte parteilose Presse wurde am Donnerstag vor Breslauer Gerichten gefällt, wo sich ein Redakteur zu verantworten hatte, der 23 Mal so teure Straftat, aber nicht wegen Liebertreibungen im ehelichen politischen Kampf, sondern wegen Förderung des Heilmittelschwindels. Der die Anklage betretende Anwalt ließ dabei folgende ungemein scharfe Worte fallen: „Ich kann nicht umhin, der Schriftleitung des Breslauer „General-Anzeigers“ und dem Angeklagten den Vorwurf jedes Gefühls für Ehre, Ansehen und Anstand abzusprechen. Gerade der Breslauer „General-Anzeiger“ würdigt sich schon seit Jahren dazu herab, diesen schimpflichen Handel (mit notorischen Schwindel-Heilmitteln) durch Aufnahme von Inzeraten zu unterstützen. Das Ehrgefühl der Schriftleitungen der übrigen hiesigen Zeitungen sträubt sich dagegen, in einer so struppeligen Weise dem Schwindel Vorstoß zu leisten. Ich kenne den Inzeratenteil der „Alltagsnachricht“, der „Schlesischen Morgenzeitung“ usw., nirgends habe ich solche Schmutzinserate entdecken können.“

Die Schriftleitung einer solchen Zeitung handelt ehrlos und verwerflich. Dem angeklagten Redakteur stand als einziger Milderungsgrund zur Seite, daß er unter ausdrücklicher Billigung der Schriftleitung (oder soll es heißen Geschäftsleitung?) solche Inzerate nicht zurückweisen darf!“

Unnötig zu sagen, daß der „Breslauer General-Anzeiger“ patriotisch bis auf die Knochen ist und an Jubiläumstagen mit Kaiserbildern geziert erscheint. Unnötig auch zu sagen, daß er nur ein Blatt der parteilosen General- und Lokalanzeigerpresse ist, die wir in jeder größeren Stadt mit genau demselben Ehrgefühl und Geschäftsgelüste wiederfinden. Unnötig zu sagen, daß diese so gebrandmarkte Presse das Publikationsorgan für die Reformparteien sozialistischer, kommunaler und auch gerichtlicher Behörden ist! Es braucht wohl auch nicht hervorgehoben zu werden, daß der Angeklagte in diesem Falle etwa nicht mit einigen Monaten Gefängnis bedacht wurde, wie es dem im politischen Kampfe getrauchelten Arbeiter-Redakteur geschähe, sondern trotz der 23 Heilmittelschwindel-Vorfällen mit — 60 Mark Geldstrafe davon kam.

Aber zur Kennzeichnung der von Religiosität und Patriotismus triebenen parteilosen Presse sollte sich jeder Freund der Arbeiterpresse diese Charakterisierung merken, die das Gericht in der Urteilsverurteilung ausdrücklich unterstrich.

Protest gegen Naumanns Wahl. Gegen die Wahl Naumanns in Walded-Byrumont hat die deutschsozialistische Parteileitung Einspruch eingelegt. Der Reichstag wird sich also mit der Wahl zu beschäftigen haben. Das Wahlergebnis soll in verschiedenen Bezirken verkehrt worden sein.

Die Stichwahl in Zaud-Belzig-Altterbog-Ludenwalde findet am 12. Juli statt. Hier wird belanntlich der Kampf zwischen unserem Genossen Ewald und dem konservativen von Dörben ausgefochten.

Die Reichseinnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahre 1912. Nach dem jetzt vorliegenden Entwurfsplan der Reichshauptkasse ist der Ueberschuß der Reichs-Kasse und Telegraphenverwaltung um 5 892 000 M. hinter dem Vorschlage zurückgeblieben. Beim Ueberschuß der Reichseisenbahnverwaltung ist ein Mehr von 12 808 000 M. und bei demjenigen der Reichsdruckerei ein solches von 563 000 M. zu verzeichnen. Die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren haben den Vorschlag um 45 007 000 M. überschritten. Beim Kammeisen sind 10 536 000 M. mehr aufgenommen. Dagegen sind an Einnahmen aus der Prüfung der Rechnungen 207 000 M. und aus dem Hinter-

bliebenversicherungsfonds zur Deckung der Reichsschulden für die Hinterbliebenenversicherung, hier den geringeren Ausgaben entsprechend, 1 173 000 M. weniger zu verzeichnen. Im übrigen sind an wesentlichen Abweichungen von den Ansätzen des Etats zu erwähnen: Beim Auswärtigen Amt sind an Einnahmen 132 000 M. mehr aufgenommen; an Ausgaben waren 74 000 M. weniger erforderlich. Im Geschäftsbereich des Reichsamtes des Innern betragen die Mehreinnahmen 2 109 000 M., die Mehrausgaben 1 215 000 M. Für das Reichswehr sind bei den entsprechenden Titeln des allgemeinen Rentionsfonds 281 000 M. und an einmaligen Ausgaben 294 000 M. mehr aufzunehmen gewesen, während die fortwährenden Ausgaben im übrigen um 20 000 M. zurückgeblieben sind. Bei der Marineverwaltung schließen die fortwährenden Ausgaben mit einem Mehr von 2 416 000 M., die einmaligen Ausgaben mit einem Mehr von 298 000 M. und der Rentionsfonds mit einer Ersparnis von 708 000 M. ab. Bei der Reichsjustizverwaltung steht einer Mehreinnahme von 621 000 M. eine Mehrausgabe von 20 000 M. gegenüber. Beim Reichsgericht sind 376 000 M. Mehreinnahmen aufgenommen. An fortwährenden Ausgaben sind 465 000 M., an einmaligen Kontingentsabgaben sind 3 697 000 M. weniger als angesetzt aufzuwenden gewesen. Die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschulden hat 5 467 000 M. weniger erfordert, während bei den einmaligen Ausgaben 125 000 M. mehr erforderlich waren. Beim allgemeinen Rentionsfond ergibt sich insgesamt eine Mehrausgabe von 346 000 M. Im ganzen hat sich ein Ueberschuß von 77 106 023 M. ergeben, welcher den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend auf das Rechnungsjahr 1913 übertragen worden ist. Im Jahre 1911 stellte sich der Ueberschuß des Reichsschatzhaushalts auf 249 Millionen. Der Hauptanteil an diesem Mißglang entfällt auf die Einnahmen aus den Zöllen, Steuern und Gebühren, die im Etatsjahre 1912 nur einen Ueberschuß von 48 Millionen gegen 193 Millionen Markt im Jahre 1911 brachten.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Die Inoffizielle Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Gegenüber der Frage eines rheinischen Marktes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Markt für das Jahr einen wenig erfreulichen Anblick bieten, wird von scheinbar zuständigen Stellen mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. sofort in seinem ganzen Umfang einsehen mußte. Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 520 000 M. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 Prozent auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 8 Millionen Markt Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus

weiblichen und jugendlichen Arbeitern ausdehnen will, steht jetzt zur Beratung der Kommission des Unterhauses. Dabei zeigt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß in 4 Industrien die Unternehmern selbst mit der behördlichen Einmischung einverstanden sind. Ja, die Hemden- und Wäuschindustrialisten heißen das Vorgehen willkommen. Die 8 Jahre seit Inkrafttreten des neuen Prinzips haben also auch den Unternehmern gezeigt, daß die Beseitigung skandalöser Hungerlöhne nicht zum Ruin, sondern zum Vorteil der betreffenden Industrien führt. Zur Abschätzung der Tragweite solcher Regelung hebt der „Daily Citizen“ hervor, daß in diesen 8 Jahren sich eine gewaltige Verminderung der Säuglingssterblichkeit, im Jahre 1912 allein um 30 von 1000 Geborenen, vollzogen hat. Mögen hierbei auch noch weitere Ursachen mitwirken, so fällt sicher ein Teil des Verdienstes auf die Föderung der Lebenslage der höchstgestellten Arbeiter und namentlich Arbeiterinnen. Da seit vorigem Jahre das Prinzip der Lohnfestsetzung auch für die Bergwerksbetriebe anerkannt ist, seine Ausdehnung auch auf andere Gewerbe und namentlich die Landwirtschaft ernsthaft propagiert wird, so dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo alle englischen Arbeiter unter amtlich festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen tätig sind.

Der Rückgang des kirchlichen Einflusses in England. Zur Beleuchtung der immer lauter erschallenden Klagen über die Entfremdung des noch vor kurzem so frommen England heißt das „Freie Wort“ bemerkenswerte Zahlen mit. Nach dem letzten Jahrbuche der Staatskirche zählte man 2 231 753 Abendmahls Teilnehmer: nur 7 Prozent der Bevölkerung! In London sinkt die Zahl gar auf 5 Prozent. Die Zahl der getauften Kinder nahm von 1908/09 auf 1909/10 um rund 20 000 ab, die der Konfirmierten um 13 500. Während 1879 noch 728 Ehen kirchlich eingetragene wurden, waren es 1909 nur noch 614. Dagegen wuchs die Zahl der Zivilehen. Ähnliches wird von den Presbyterianern in Schottland und von den Seiten berichtet. So verloren die Methodistinnen im Jahre 1910 3129 Mitglieder, seit 1908 13 120. Die Baptistinnen büßten 1910 ebenfalls 3 775 Mitglieder ein.

Amerika.

Intericht im Sozialismus. Die Redaktion des „Intercollegiate Socialist“, des Organs des Verbandes der akademischen sozialistischen Gruppen, hat die Professoren der Pädagogik aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob sie die Kerntheorie der Grundlehren des Sozialismus als notwendigen Bestandteil des Unberufsaufunterrichts anerkennen. Der Nationalökonom Deard von der Universität Columbia hat darauf geantwortet: „Ich würde gern den gewünschten Artikel schreiben, könnte ich meine zustimmende Antwort in einigen hundert Worten ausdrücken. In einer Zeit, da nach der Meinung aller der Sozialismus in der ganzen Welt die alten politischen Einrichtungen erschüttert und Wissenhaft, Kunst und Literatur durchbringt, wäre es überflüssig, erst zu beweisen, daß studierende junge Leute sich für eine solche Bewegung interessieren müssen. Ich kann den geistigen Horizont jemandes, der das bestritten wollte, nicht verstehen und verzichte auf den nutzlosen Versuch, seine Meinung ändern zu wollen.“ — Was würde der Mann erst von dem Geistesgute von Staatsbehörden und Univeritätslehrern sagen, die jeden Versuch solcher Belehrung Studierender mit Entfremdung vom akademischen Studium bestrafen, ja Sozialisten selbst zur Vertretung völlig neutraler Lehrfächer nicht qualifiziert erachtet! Einen Erfolg sozialistischer Schulpolitik stellen auch die letzten Schulratswahlen im Staate Washington dar. Es wurden eine große Zahl sozialistischer Schulbehörden gewählt. Die Bewerber hatten als ihr Programm u. a. auch die Aufnahme der Grundzüge des Sozialismus in das Unterrichtsministerium der Schulen erklärt und suchten nun durch eine eigens gebildete Stellvertreterung sozialistische Lehrer aus allen Teilen der Union

ausgewählten werden, erziehung. 1910 die Liste des 100 Vertretung 11 981 und eine Vertretung durch die

Wahlrecht Vorstehenden durch den gewonnen. Während ein neues entschlossen,

Regierungs- etwa 200 000 Anhebung von 00 000, meist

en Kopf. Dagmar hin- unter keine der so etwas. I darum ge- bei.“

ur zweima- Luft kriegen, die hat solche

leibt.“

meint immer,

ngte sich auf

freilich nicht

blafe.“

nicht“

ha Sommer.

ig selber als

ein lassen.“

Ich habe

daß du auf

damit doch

Ag. Wenn

tun. Deine

an.“

endlich in

dieses Jahres von den drei Linksparteien getroffenen Wahlbündnisse der Kreis Lahr-Stadt als bisheriger Bestzustand der Sozialdemokratie garantiert ist. Der nationalliberale „Mannheimer Generalanzeiger“ schrieb das recht deutlich, indem er bemerkte: „Unjere Lehrer Parteifreunde werden wissen, wie sie sich gegenüber diesem Liebeswerben des Zentrums zu verhalten haben. Sie werden ebenso, wie der Kandidat Meyer, sich für die Unterstützung des Zentrums mit aller Entschiedenheit bedanken und sie zurückweisen.“

Dieser dem Zentrum verabreichte Fußtritt hält aber den „Bad. Beobachter“, das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei, nicht ab, sich den Nationalliberalen weiter zur Verfügung zu stellen. Wirklich eine uneigennützige Partei, das Zentrum!

Hierzu bemerkt die fortschrittliche „Freie Zeitung“ sehr richtig:

„Wenn die Nationalliberalen die Unterstützung des Zentrums nicht zurückweisen, sondern sie dankbar annehmen, werden die Sozialdemokraten den Teufel tun und sich zum Großblod für die Stichwahl nicht verstehen. Die Hinderung einer Zentrumsmehrheit ist aber für die drei Parteien, auch für die Nationalliberalen, von großer Wichtigkeit, und deshalb ist das Opfer, das die Lehrer Nationalliberalen durch ihr Einverständnis zum Abkommen mit der Sozialdemokratie gebracht haben, notwendig und nützlich.“

In Lahr-Land hat der Bund der Landwirte nunmehr beschlossen, die jogen „unabhängige“ Kandidatur Fischer zu unterstützen. Daß das Zentrum diesem Beispiel folgen wird, ist zweifellos. Es ergibt sich dann die gleiche Situation, wie bei der letzten Reichstagswahl in Karlsruhe-Bruchsal: Man zieht mit einem clerikal-konfessionell-bündlerischen Kandidaten umher, versichert aber hoch und heilig, daß es weder eine kirchliche, noch eine konfessionelle, noch eine bündlerische, sondern eine völli g „unabhängige“ Kandidatur sei.

Die politische Korruption wird in diesem Wahlkampf vom Zentrum auf die Spitze getrieben werden. Alle Anzeichen sprechen dafür.

Die Kandidatur Schöpfle

im 46. Landtagswahlkreis (Worheim-Durlach-Etlingen) beginnt interessant zu werden. Bekanntlich wurde der bisherige konservative Vertreter des Kreises, Herr Gierich, „Frankenthaler“ nicht mehr als Kandidat für die kommende Wahl aufgestellt, an seiner statt wurde von der konservativen Partei — so gibt man wenigstens an — der „politisch konfessionslose“ Bürgermeister von Langenfeldbach, Herr Schöpfle, nominiert. Daß hier mit der „Wackerstaffel“ operiert wurde, unterliegt keinem Zweifel, denn Herr Schöpfle kann man ebenso gut als einen Liberalen wie Konservativen ansprechen und man erwartet, daß die Nationalliberalen wohl mit dafür zu haben sein werden. Allein diese haben bereits abgelehnt, sie wollen ihrer Parteiparole treu bleiben und, soweit den Blättermeldungen zu entnehmen ist, einen eigenen Kandidaten aufstellen. Daß aber die Kandidatur Schöpfle keine eigentlich konservative, sondern vielmehr eine Zentrumskandidatur ist, geht auch aus dem Umstande hervor, daß lange vor dessen Aufstellung Herr Wacker bereits die Zentrumsvertrauensmänner des Gebietes nach dieser Richtung hin bearbeitet hat. Und nun tauchte der „konservative Zentrumskandidat“ am verflorenen Sonntag bei der christlichen Textilarbeiterversammlung in Etlingen plötzlich auf und präsentierte sich, trotzdem er an der Sache selbst gar nicht beteiligt ist! Es wird nun auch verständlich, aus welchem Grunde einige der „Christlichen“ bemüht sind, im Altbatal der Sozialdemokratie Lokale zu politischen Versammlungen abzutreiben. Das Wackerpiel ist aber zu durchsichtig, als daß es Erfolg versprechen könnte.

Der „gute Ton“ in der Zentrumspreffe.

Das Zentrum rechnet zu den „guten“ und „anständigen“ Blättern in erster Linie die eigenen Parteizeitungen. Daß dem so ist, geht aus folgendem hervor: In einer Polemik gegen nationalliberale Blätter verteidigen sich die zentrumlichen „Konstanzer Nachrichten“ zu folgenden Kraftausdrücken: „Gehäcker“, „Lauhubenpreffe“, „nationalmiserable Preßmeute“. In einer Zuschrift läßt das

des Kriegsministers ist der des Mannes, der von klein auf groß geworden ist.“ Dr. Müller-Meinungen erblicke in der Behandlung der Turnvereine „einen fleischlichen politischen Herbesub“. Der Zentrumsabgeordnete Lehrenbach sprach vor einiger Zeit das große Wort aus: „Es soll hier durch einen Einseitigkeitsversuch das Bild der Rechtslage verdunkelt werden.“ Der konservative Badenier Kupp meinte: „Man zieht den § 50 an den Haaren herbei“. Herr Giesberts jagt bei der dritten Lesung des Etats: „Ich möchte dieser Auffassung war entgegengetreten“. Der Fortschrittliche Liesching sprach von so und so vielen „verbeirateten Arbeiterfamilien“. Eine ganze Aufgabe stellte der Stuttgarter Nationalliberale Keinaah den Beamten: Die Regierung sollte die Zahl der Eingeborenen zu einer Vermehrung zu bringen suchen. Herr v. Böhlendorff-Kölpin warnte: „Die Baumkulturen sollten nicht unter der engherzigen Brille der Parteipolitik betrachtet werden!“ Herr Gohlein: „Der Bund der Landwirte vertritt nur die Interessen der Bauern, er führt den Bauernstand nur im Munde.“ Sein Parteifreund Hoff erklärte: „Der Staatssekretär Dirpich sollte nicht so einfach aus dem Handgelenk herausposaunieren, daß der Reichstag Unrecht hat.“ Dr. Liebknecht behauptete: „Bei der Verhandlung über den liberalen Wahlrechtsantrag haben die Nationalliberalen sehr wenig viel besser gehandelt als das Zentrum.“ Der Zentrumsabgeordnete Diez (Konstanz) äußerte: „Die Kinderzulage ist sehr gerechtfertigt, namentlich kinderreichen Beamten gegenüber, die Tag und Nacht ihre Schulbücher tun“. Vom Regierungssitz fielen gleichfalls manche spitzbittere Redewendungen. Der Postgewaltige, Herr Kräfte, flüchtete den Inhalt eines an ihn gelangten Beschwerdebriefes: „Wenn ich meine notwendigen Geschäfte täglich auf der Post verrichte, wie kann da die Post verlangen, daß ich dann ein Löschpapier gebrauche, auf dem andere schon ihre Klamme gemacht haben!“ Ein Vertreter des Herrn v. Trippl, Admiral Capelle, meinte: „Die Mädchen in Kiel sind eine Wohlstandseinrichtung, auf die wir nicht verzichten können.“ Der Kriegsminister sprach einmal vom falschen Irrtum. Der Kolonialsekretär meinte hinsichtlich der Paradiesvögel: „20 Mark Ausfuhrzoll ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Abgeordnetenhaus sprach der Justizminister vor einiger Zeit davon, daß „Fürst Eulenburg mehrere Tage im Bette liegend vor dem Richter gestanden habe“. Da böse Beispiele, wie bekannt, gute Sitten verbeiben, leistete sich auf dem aus Anlaß des Sessionschlusses veranstalteten Journalistenabend einer der

Zentrumsblatt folgende Ausdrücke passieren: „Lastermaul“, „Ehrabschneiderhandwerk“, „Moral mit doppeltem Boden“, „wurmstichige Weste“, „Preßfreibeuter“, „liberale Preßbanditen“, „Dreckspaten“.

Allerhand Hochachtung vor solcher Journalistik!

Landtagskandidaturen.

In der Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei im 5. Wahlkreise (Singen-Engen) wurde der seitherige Vertreter, Schmid-Singen, einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt. Als Kandidat der Zentrumspartei ist, wie verlautet, Bürgermeister Graf-Duchlingen in Aussicht genommen.

Der Kreis 5 wurde 1909 vom nationalliberalen Gemeinderat Schmid-Singen dem Zentrum (Amtsgerichtsdirektor Giesler-Mannheim) mit 3292 gegen 2736 Stimmen abgenommen, nachdem Schmid im ersten Wahlgang 2453, Giesler 2487, der Sozialdemokrat 586 Stimmen erhalten hatte.

Genossenschaftsbewegung.

Der 11. Verbandstag der österreichischen Konsumvereine fand am 28. und 29. Juni in Wien statt. In der Begründung betonte der Obmann, Abg. Dr. Renner, daß die Lage inmitten zweier großen Krisen stattfindet: der politisch-militärischen, die einen großen Teil der organisierten Konsumenten in die Kaserne geführt und vielfache Arbeitslosigkeit verursacht habe, und einer drohenden Wirtschaftskrise. Die Mitgliederzahl stieg auf fast 800 000, das eigene Kapital, einschließlich 9,7 Millionen Spargelber, auf rund 18, das fremde auf 11½ Millionen Kronen. Namens der deutschen sozialdemokratischen Organisation begrüßte Viktor Adler den Verbandstag. Er wies auf das enge Zusammengehörigkeitsgefühl hin, das Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften in Österreich verbindet. „Es ist nicht der Zweck der Konsumvereine, Sozialdemokraten zu machen oder auszubilden. Aber die Einsicht in den ganzen Mechanismus der Konsumtion, die dem einzelnen Konsumenten im Konsumverein gegeben wird, muß ihn allmählich und automatisch aus einem Genossenschaftler zu einem guten Genossen umbilden. Es ist einmal so, daß jede zielbewusste, zweckdienliche Tätigkeit der Arbeiterklasse mit Notwendigkeit zu einer Gemeinschaft strebender, wollender und wissender Arbeiter führt. Und strebende, wollende und wissende Arbeiter können nichts anderes sein als Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall). . . Den Gewerkschaften hat man gesagt: „Welche elende Arbeit verrichtet ihr! Es handelt sich doch nur um ein bißchen mehr Lohn und ein bißchen weniger Arbeit.“ Und ihnen hat man gesagt: „Ihr Greisler (Kleinräumer)! Es handelt sich ja nur um ein Stückchen Brot.“ Ja, wahrhaftig, es handelt sich ja nur um ein Stückchen Brot mehr, das wir für die Arbeiterfamilien gewinnen wollen. Aber in diesem Stückchen Brot mehr liegt ein gewaltiger Kulturfortschritt und unsere Hoffnung für die Zukunft.“

Dr. Karpelss berichtete über die Tätigkeit der internationalen Genossenschafts-Liga. Der Verband hat dem Anspruch der tschechischen Separatisten auf Vertretung im intern. Bureau scharf widersprochen und dabei die Unterstützung der Reichsdeutschen, Franzosen, Belgier und Dänen gefunden. Das Bureau will zunächst noch eine Vermittlung versuchen. Dem wurde natürlich, wenn auch ohne Hoffnung auf derzeitigen Erfolg, zugestimmt. — Emma Freunlich sprach über die Mitarbeit der Frauen. Es wurde beschlossen, daß überall Frauenausschüsse gebildet werden sollen, deren Vorsitzende dem Aufsichtsrat angehören. Die Komitees sollen mit einem Zentralkomitee in Wien in Verbindung stehen.

Ueber genossenschaftliches Bildungswesen berichtete Kaff. Er wies auf das englische und das deutsche Vorbild hin und stellte zunächst die Einrichtung einer Geschäftsführerschule in Aussicht. Man beschloß die Schaffung eines Bildungsfonds, dem die durch das Gesetz von 1912 erparten Steuerbeiträge als Grundstock überwießen werden sollen. — Karpelss besprach die Errichtung eines Tarifamtes, das als Einigungsamt und als Schiedsgericht in Streitfällen dienen soll. Verband und Gewerkschaften ernennen je 9 Mitglieder (davon je 2 die Gewerkschaftskommission und der Verband der Handels- und Transportarbeiter). Beide Teile verpflichten sich vor der tarifamtlichen Erledigung jede öffentliche Erörterung von Streitfällen zu unterlassen. — Renner gab einen sehr lehrreichen Bericht über Volksversicherung. Er hielt die Voraussetzungen für eine Volksversicherung nach reichsdeutschem Muster noch nicht für gegeben, versprach aber, daß die Sache im Auge behalten werden solle. — Für die Alters-

Teilnehmer die Aeußerung, daß er „sich zu einem Antrage verbeichte“.

Die Zuverlässigkeit der Polizeihunde wurde von einem Sachmann, dem königlichen Kriminalkommissar R. Wolf, Leiter der Polizeihundschule zu Grünheide bei Berlin, in Zweifel gestellt in einem Gutachten, das er am 30. Januar vor dem Schwurgericht zu Ulm abgegeben hat. Er sagte dort: Wenn ein Führer behauptet, sein Hund höre stets auf zu spüren, so oft das Tier auf eine falsche Spur käme, oder der Hund habe sich noch niemals geirrt, oder sei in der Lage, eine ihm vorgehaltene menschliche Witterung Stunden hindurch in der Nase zu behalten, und dann noch die gleiche Witterung zu fernzeichnen, so beweist der Führer damit, daß er von dem Fähigkeiten des Hundes keine Ahnung hat.“ Ferner: „Ueber die Spürfähigkeit der Hunde habe ich seit einer Reihe von Jahren eingehende Versuche angestellt, mit deren Ergebnis etwa 200 meiner Schüler vertraut sind. Das Ergebnis der Versuche ist folgendes: Es ist bisher noch nicht gelungen, die Hunde spüren zu machen, ferner nicht, die Hunde zu veranlassen, nach Witterungnahme einer ihnen unbekanntem menschlichen Witterung die gleiche menschliche Witterung irgendwie zu fernzeichnen. Das Ausarbeiten einer fünf bis sechs Stunden alten Spurendeckelung der Hunde in den allermeisten Fällen schon erhebliche Schwierigkeiten. Für unsern Fall kommt eine Kassenarbeit überhaupt nicht in Betracht. Auch ist es für diesen Fall ganz belanglos, daß der Hund das Bett des Verdächtigen und diesen selbst verbellte, denn der Hund fernzeichnet keineswegs ausschließlich den zum Gemach der Spur oder des Körpers, an dem er Witterung erhielt, gehörigen gleichen menschlichen Eigengeruch, stellt und verbellt daher Personen oder bringt Gegenstände, die gar nichts mit dem Eigengeruch des Täters zu tun haben. Es ist endlich einmal Zeit, daß den Uebertreibungen auf diesem Gebiet ein Ende bereitet wird.“ Nach Wolf ist also der Hund zum Aufspüren eines Verdächtigen so gut wie wertlos. Seine Stärke liegt vielmehr in seiner Bedeutung als Schutz- und Begleitthund. Wolf äußert sich weiter: Die Mehrzahl der Erfolge käme folgendermaßen zustande: Der Führer stelle zunächst Ermittlungen nach dem Täter an oder erhalte bereits angestellte Ermittlungen mitgeteilt. Auf diese Weise erfahre der Führer, wo der Verdächtige wohne oder dessen Aufenthaltsort. Bei der nun folgenden Arbeit mit dem Hunde beeinflusse er das Tier unterwühlt und leite es dorthin, wo der Verdächtige wohne. Von Spurenarbeit könne also in solchen Fällen nicht die Rede sein.“

Badische Politik.

Das Zentrum im badischen Landtagswahlkampf.

In Lahr-Stadt, welcher Wahlkreis bisher durch unseren Genossen Stadtrat Monisch vertreten wird, ist, wie bereits mitgeteilt, jetzt von der nationalliberalen Partei der Stadtrat Meyer als Kandidat aufgestellt worden. Da Monisch bei der Landtagswahl 1909 im ersten Wahlgang 974, der Nationalliberale 907 und der Zentrumskandidat 198 Stimmen erhalten hat und der letztere im zweiten Wahlgang den Ausschlag zugunsten der Sozialdemokratie gab, erbot sich nunmehr das Zentrum, um Monisch zu verdrängen, sofort für Meyer einzutreten. Diese Unterstützung lehnt aber die nationalliberale Partei ab, muß sie ablehnen, da nach dem am 22. Juni

Kleines feuilleton.

Letzte „Mitten“ aus dem Parlaments-Treibhaus. Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin: Kurz vor dem Sessionschluss gab der Reichstag unter möglichster Kraftanstrengung Beweise seines Lebensmutes, hin und wieder überfiel ihn aber doch eine Abspannung und Ermüdung, die auf die Notwendigkeit baldiger Sommerferien deutete. Auch die Weiden der Abgeordneten amten Müdigkeit, häufiger als sonst entgleiserte die Volksvertreter. Als Nachlese aus der Fülle des Materials der letzten Tage seien dafür einige Beispiele registriert:

Herr Ledebour jagte vor kurzem wörtlich: „Der Reichskanzler hätte sich ja geradezu selbst den politischen Hals abhängen lassen müssen — Herr Erzberger hat uns selber den Fingerzeig gegeben, mit dem ich ihn tödlichen könnte.“ Ein anderer aus den Reihen seiner Partei, Herr Koste, meinte: Wir müssen den Zahlen ein ganz anderes Gesicht beibringen.“ und Herr Schula (Erurt) faate: „Der Staatspunkt

Verföhrung der Angeklagten ist die Schaffung einer freien Hilfskasse geplant. — Die nächste Tagung findet in Triefstätt statt.

Ein terroristisches Kesseltreiben. In Herzberg a. d. Elster ist es der Leitung eines Rabattparcours auf bisher unerklärliche Weise gelungen, eine genaue Adressliste der beim Amtsgericht Triefstätt geführten Mitgliederliste der in Herzberg neu eröffneten Filiale eines Arbeiterkongressvereins zu erlangen. Das Mitgliederverzeichnis ist dann vervielfältigt und allen Geschäftsleuten, die dem Rabattparcours angehören, zur Beachtung zugestellt worden. Weiter wurde die Liste den Vorständen patriotischer Vereine übergeben und veröffentlicht, der Kongressverein sei sozialdemokratisch. Daraufhin sehen die Mitglieder das Kesseltreiben fort, indem zum Beispiel der Landwehreinstand solchen Mitgliedern, die auch gleichzeitig dem Kongressverein angehören, brieflich mitteilte, daß sie bis zum 20. Juni d. J. ihr Ausschneiden aus dem Kongressverein nachzuweisen hätten, andernfalls das Weiterer wegen ihrer Streichung in unserer Mitgliederliste veranlaßt wird. Nur wenige Mitglieder haben sich zu Kreuze geschlagen, aber der Brief zeigt, wie weit die politische Gehässigkeit der angeblich unpolitischen Arbeitervereine geht. Auffällig ist, daß mittelständliche Rabattparcoursvereine, die sonst nicht genug über den Terrorismus jammern können, hier selbst die Kreuze eines ganz tollen Terrorismusstrichens sind. Die interessanteste Frage ist aber: Wie konnten sie überhaupt in den Besitz der amtserichtlichen Liste der Genossenschaftsmitglieder gelangen?

Soziale Rundschau.

* Jahr, 5. Juli. Milchproduzenten und Milchhändler haben in einer hier abgehaltenen Versammlung beschlossen, vorerst keine Senkung des Milchpreises einzutreten zu lassen. Die alte Geschichte, das Abschlagen geht nicht so schnell wie das Aufschlagen.

„Friedrich Wilhelm“ und Volksfürsorge. Die Subdirektionen der „Friedrich Wilhelm“ instruieren in Geheimzirkularen ihre Agenten, wie sie den Kampf gegen die „Volksfürsorge“ führen sollen. Den Bedauernswerten, die für kapitalistisches Geld arbeiten müssen, wird nahegelegt, durch Verschweigen von Tatsachen den Versicherungsnehmern ein Z für ein U zu machen. Der „Volksfürsorge“ wird vorgeworfen, daß sie gar keine Angaben mache über die Höhe des voraussichtlichen Gewinnes, was jeder anständige Mensch doch nur billigen kann. Die Tarife der „Friedrich Wilhelm“, wird gesagt, seien günstiger als bei der „Volksfürsorge“. Ganz abgesehen davon, daß in diesen Geheimzirkularen absolut unzulässige Vergleiche angeführt werden, wird auch verschwiegen, daß bei der Arbeiterversicherung der „Friedrich Wilhelm“ überhaupt keine Gewinnbeteiligung besteht, sondern die Versicherungssummen nach zehnjähriger Prämienzahlung lediglich um 10 Mt. erhöht werden.

Infolge der rigorosen Versicherungsbedingungen bei der „Friedrich Wilhelm“ sind aber im Jahre 1911 von insgesamt 167 711 erlosenen Versicherungen 116 884, im Jahre 1912 von 186 869, 131 161 ohne Vergütung verfallen. Die Zahl derjenigen, bei denen nach zehnjähriger Prämienzahlung eine zehnprozentige Erhöhung der Versicherungssumme eintritt, wird also nicht allzu groß sein.

In den Zirkularen ist fortgesetzt von der Ueberlegenheit der „Friedrich Wilhelm“ die Rede. Zur Charakteristik dieser Ueberlegenheit sei gesagt: Die „Friedrich Wilhelm“ gehört zu den neueren Versicherungsgesellschaften; ihre Verwaltungskosten betragen von 1908 bis 1911 bei der Volksversicherung im Durchschnitt 29,58 Proz. der Prämieinnahme, dagegen bei der großen Lebensversicherung der Westinghouse nur 16,01 Proz. Die „Friedrich Wilhelm“ ist eine Versicherungsgesellschaft zum Nutzen „erfahrener“ Personen; sie zahlte an diese von 1908 bis 1911 allein 8 052 881 Mt. an Zantien und Dividenden. Dividenden und Zantien machten bei der „Friedrich Wilhelm“ von Jahr zu Jahr. 1912 wurden Dividenden an die Aktionäre im Betrage von 570 860 Mt., Zantien an Vorstand und Aufsichtsrat 250 139 Mt., zusammen also 820 999 Mt. gezahlt. In diesem Punkte ist die „Friedrich Wilhelm“ der „Volksfürsorge“ überlegen, sonst nicht.

Am Schlusse eines der „vertraulichen“ Zirkulare wird gesagt, daß bei der „Friedrich Wilhelm“ Konjunktive, Divergenz und auch Sozialdemokrat in großer Zahl versichert seien. Als wenn dies die Versicherung schon längst gewußt hätte, daß die „Friedrich Wilhelm“ immer nach dem Grundsatz gehandelt hat: Geld frucht nicht!

Die Versicherungspflicht der Lehrer und Erzieher an nicht-öffentlichen Schulen. Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß Lehrer und Erzieher, die an nicht-öffentlichen Schulen und Anstalten beschäftigt sind, oder privaten Einzelunterricht erteilen, mit Wirkung vom 1. Januar 1918 ab von der reichsgesetzlichen Versicherungspflicht befreit sind, soweit sie sich bei der Allgemeinen Deutschen Pensionsanstalt für Lehrer und Lehrerinnen in Berlin W. 8. Verrentungsstelle 72, versichert haben und insoweit ihnen auf Grund der Satzungen dieser Anstalt mindestens die gesetzlichen Anwartschaften gewährleistet sind. Darunter fallen auch alle Lehrerinnen und Erzieherinnen, insbesondere auch Kindergärtnerinnen, Musiklehrerinnen usw., sofern die gedachten Voraussetzungen zutreffen. Somit sind jetzt die Würdiger weiter Kreise der Privatlehrer und Lehrerinnen in vollem Umfange erfüllt, und es steht auch ihrem nachträglichen Beitritt zur Pensionsanstalt kein Hindernis mehr entgegen.

Aus der Partei.

Friedrichstal, 6. Juli. Wir machen die diesigen und auswärtigen Parteifreunde darauf aufmerksam, daß der „Volksfreund“ nicht mehr im Gasthaus zum „Hirsch“, sondern im „Schwanen“ aufliegt. Die Genossen wollen dies berücksichtigen.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.

I. Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung sind die Gewerkschaftskartelle ein sehr wichtiger Faktor, dessen Bedeutung nicht genug geschätzt werden kann und eher eine größere als geringere Würdigung verdient. Man versteht unter dem Namen „Gewerkschaftskartelle“ örtliche Vereinigungen der Filialen der Zentralverbände zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und zur Schaffung gemeinsamer Einrichtungen am Orte. Es gab eine Zeit, in der diese örtliche Organisation sogar das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bewegung bildete. Das waren die Anfangsjahre gewerkschaftlicher Entwicklung, als die Zentralverbände noch langsam den erstarkenden örtlichen Fachorganisationen entwichen, als ihr zentraler Apparat noch zu schwach war, um das gewerkschaftliche Leben bis in die feinsten lokalen Bezugsgruppen hinein zu regulieren, als der vermittelnde Einfluß einer Gau- oder Bezirksorganisation fast allenthalben noch fehlte und der Zusammenprall von Arbeitern und Unternehmern zur primitivsten Solidaritätsaktion zwang. Demals waren die örtlichen Kartelle vielfach das finanzielle Hülf-

grad der Gewerkschaften in Lohnkämpfen. Die Erstarkung und Verwirklichung der Zentralverbände löste diese Hilfsfunktion der Kartelle ab und wies ihnen dafür eine Reihe anderer wichtiger Aufgaben zu. Und es gewinnt gegenwärtig den Anschein, als ob gerade im Maßstab der Gewerkschaftskartelle die Arbeit und die Kräfte eine bedeutende Steigerung erfahren werden. Die Gewerkschaftsagitation, die im letzten Jahrzehnt meist extensiv betrieben, in die kleinen Landstädte und Landorte hinausgetragen wurde, ist durch die Einrichtung sogen. gelber Organisationen gezwungen, sich wieder mehr intensiv zu betätigen. Dazu drängt auch der wachsende Einfluß der Tarifverträge und der paritätischen Arbeitsnachweise, die die einheitliche Organisation der Arbeiter zur dringenden Pflicht machen. Die Zentralisation der Arbeiterversicherungsanstalten erfordert einen Ausbau der Kartellorganisation im Sinne wirksamer Reichshilfe und die gemeinsame Durchführung der „Volksfürsorge“ wird wiederum ganz wesentlich auf der Mitarbeit der Kartelle beruhen. Man kann ruhig erklären, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung neben der höchstentwickelten Verbände auch auf der Arbeit der Gewerkschaftskartelle beruht und ohne diese kaum denkbar wäre, und man kann nur wünschen, daß die Kartelle immer mehr erstarken und sich ihren Aufgaben auch gewachsen zeigen.

Es bestanden 1912 774 Kartelle, von denen sich 717 gleich 96,39 Prozent an der Statistik beteiligten. Die 27 nichtbeteiligten Kartelle zählten 1911 zusammen 18 826 Mitglieder, dieser verhältnismäßig geringe Ausfall beeinflusst die Statistik nur ganz unbedeutend. Den Kartellen waren angeschlossen 9418 Gewerkschaften mit 2 389 571 Mitgliedern. Gegen 1911 stieg die Zahl der Kartelle um 37, die Zahl der ihnen angeschlossen Gewerkschaften vermehrte sich um 157 und die ihrer Mitglieder um 178 848. Die Zunahme an Gewerkschaften und Mitglieder steht hinter der des Vorjahres erheblich zurück (1911 war ein Plus von 371 Gewerkschaften und 208 247 Mitgliedern zu verzeichnen), eine Erscheinung, die sich aus der wirtschaftlichen Struktur des Jahres 1912 erklärt, das als ungünstiges Wirtschaftsjahr zu bewerten ist. Bei der schwächeren Zunahme an Gewerkschaften ist die Verminderung derselben durch den Zusammenbruch von Zentralverbänden in Rechnung zu ziehen. Der durchschnittliche Umfang eines Kartells betrug 18,1 (1911 14,4) Gewerkschaften mit 3263 (1911 8127) Mitgliedern, der durchschnittliche Umfang einer angeschlossen Gewerkschaft 248,4 (233,3) Mitglieder. In diesen Zahlen befindet sich die Nichtberücksichtigung des gewerkschaftlichen Konzentrationsprozesses auf die örtlichen Kartelle.

Der Hauptzweck eines Kartells ist den kleineren, die 2 bis 20 Gewerkschaften haben und bis 2500 Mitglieder zählen, zugute gekommen.

Die Gruppe der größten Kartelle mit über 25 000 Mitgliedern ist um eins (Stettin) vermehrt worden. Sie weist 1912 9 Kartelle auf und zählen dazu: Berlin mit 311 923, Hamburg 142 928, Dresden 98 063, Leipzig 77 678, München 62 208, Nürnberg 58 100, Stuttgart 49 877, Frankfurt a. M. 46 461, Chemnitz 42 721, Hannover 39 601, Bremen 37 811, Breslau 38 280, Magdeburg 31 238, Köln 30 417 und Stettin 26 596 Mitglieder. Die Zahl der außerordentlichen Zweigvereine war allseitig gering und vermindert sich von Jahr zu Jahr. Sie betrug 1906: 400 von 7657 oder 5,2 Proz., 1911: 810 von 9571 oder 8,2 Proz. und 1912: 272 von 9890 oder 2,8 Proz. der Gewerkschaften.

Im ganzen mögen etwa neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaftskartellen angehören, während ein Zehntel etwa 200 000 außerhalb der letzteren stehen.

Das Fernstehe der Mitglieder ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Kartellorganisation an örtlicher Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisation vielfach nachsteht. Bei der in nächster Zeit notwendigen Ausgestaltung der Bezirksorganisation der Kartelle wird es möglich sein, auch die den letzteren noch fernstehenden Mitgliederkreise zu den notwendigen Kartellaufgaben heranzuziehen.

Aus dem Lande.

Ettlingen.

Aus dem Abtal. Am gestrigen Sonntag fand in der Festhalle in Ettlingen eine von den Christen einberufene Versammlung der in der Weberei und Spinnerei beschäftigten Arbeiter statt. Diefelbe war einberufen zu dem Zweck, zu den Angehörigen der Direktoren Stellung zu nehmen. Bekanntlich fordert der Arbeiter 15 Proz. Lohnerhöhung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung. Etwas bestimmtes von einer Lohnzulage ist bis jetzt noch nicht zu sagen, das sollen erst die nächsten Jahrtage bringen. Versprochen hat der Betrieb in Ettlingen am meisten. Derselbe „will“ den guten Arbeitern 4—5 Mt. in 14 Tagen zulegen. Diejenigen, die bloß an 3—4 Stücken arbeiten, erhalten „christlich“ gesagt, bereits nichts. In der Spinnerei ist eine Zulage von 1 Mt. vorgesehen. Der Neutoter Betrieb bewilligte 3 Proz. Das ist alles mit Worten gesagt worden; wer weiß, wie der nächste Jahrtag ausfällt. Einigen Arbeitern ist sogar schon der Lohn gekürzt worden. Wer ist da wohl der betübte Vohgeber? Das Zentralvorstandsmitglied Fischer, das ja bloß Wind durch seinen Mund hat gehen lassen, sagte, daß die Forderungen in 10—20 Jahren bewilligt sein können; es braucht alles seine Zeit. Auch hat er noch großes Interesse daran, daß sich die Arbeiter hier organisieren. Geschlossen hat er mit den Worten: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr“. Nach ihm kam der Gesamtvorstandsmitglied Eisinger aus Karlsruhe. Derselbe hofft und wünscht, daß alles recht friedlich verlaufen möge und allen zum Wohle gereichen soll. Auch war er der einzige, der den roten Verband mit Samtpföden angeführt hat. Als gemischter Landtagskandidat sprach noch der Bürgermeister von Dangensteinbach. Er lobte den Bauern- und Arbeiterstand und stellte sich auf den Standpunkt: „Wer sich selbst hilft, dem hilft Gott.“ Was sollen da seine Wähler machen? In der Versammlung hörte man schon die Worte: „Wenn nicht mehr herauspringt, dann gehe ich in den freien Verband“.

In eine Verbesserung ihrer Lage brauchen also die Arbeiter bis jetzt noch nicht zu denken. Auf dem Papier müßte die Zulage nichts und für einen Kampf ist der christliche Verband nicht zu haben. Die Lösung sollte also für alle beherzten Arbeiter lauten: „Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband“!

S. Das Fest der Fahnenweihe, verbunden mit der Feier des 10jährigen Bestehens, begehrt der Arbeiterkongressverein „Eintrotz“ am 20., 21. und 22. Juni 1914. Wir erlauben die Brudervereine, dies bei der Festlegung ihres Jahresprogramms zu berücksichtigen und den 21. Juni frei zu halten. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange, und es kann heute schon gesagt werden, daß die Ettlinger Arbeiterjungen alles tun werden, um den Festteilnehmern den Aufenthalt möglichst angenehm zu gestalten. Ein Rundschreiben geht den Brudervereinen diese Woche noch zu.

Baden-Baden.

* Automobilunglück. Bei Weisburg an der Lahn verunglückte am Sonntag ein Automobil. Die Dame, die den Wagen lenkte, Frau Eide aus Baden-Baden, wurde getötet, ihr Begleiter, ein Herr aus Frankfurt a. M., kam ohne Verletzungen davon.

Offenburg.

L. Bürgerausschussung. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Aufnahme eines Anlehens von 1 Million bei der Karlsruher Lebensversicherung zu 4 1/2 Prozent. Von dieser Summe sind 450 000 Mt. für die neue Oberrealschule vorgesehen, für Kasernenbauten mindestens 300 000 Mt. und der Rest für Straßen, Kanäle und andere städtische Einrichtungen, welche zum Teil vom Bürgerausschuss schon genehmigt sind. Nachdem der Vorsitzende, Oberbürgermeister Hermann, die Vorlage in längeren Ausführungen eingehend begründet hatte, sprach namens des Stadterordnetenvorstandes auch dessen Obmann, Herr Castell, für Annahme der Vorlage. Stadtd. Oberföll erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß für sie die Vorlage deswegen unannehmbar sei, weil darin eine große Mittelbewilligung für Kasernenbauten verlangt wird. Stadtrat Wehler äußert sich erstunnt darüber, daß die Offenburg Sozialdemokraten so radikal seien und diese Forderungen ablehnten, während sich der Stadtrat doch so viel Mühe gegeben habe, eine Verstärkung der Garnison herbeizuführen. Auch die Sozialdemokraten nähmen die Offiziere und Militärsbeamten doch gerne als Mieter in ihre Wohnungen. Es handle sich hier nicht um Militärbewilligung, diese habe ja schon der Reichstag erledigt. Stadtd. Oberföll erwiderte Herrn Stadtrat Wehler, daß es sich hier um die Mittel zum Kasernenbau handle, welche das Kollegium genehmigen soll, und da die Sozialdemokraten immer die Forderungen für Kasernenbauten mit Recht ablehnten, weil das Bauen der Kasernen irgendeine Sache des Militärischen sei. Uebrigens sei das Welterren der Städte ums Militär nicht überall so wie hier und in Laß; diese Bemühungen wären höchst überflüssig gewesen, da die Kommunen außerdem Lasten genug aufgeschuldet bekämen und die Verzinsung des Fiskus für die ausgedehnten Kapitalien nicht ausreichen. Dem widersprach der Oberbürgermeister, ebenso hätten sich neuerdings nicht nur Laß und Offenburg, sondern noch über 500 andere Plätze um Militär bemöhnt. Die Vorlage wird schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und die des Demokraten Volkshweizer angenommen.

Die öffentliche Untersuchungsanstalt der Stadt Offenburg wurde als zweiter Punkt der Tagesordnung behandelt. Da die Hirschapotheke des Herrn Dr. Silber, in welcher bisher die Anstalt untergebracht war, in andere Hände übergeht, und der Leiter der Anstalt, Herr Dr. Barthelme, zum Teil noch angestellt der Apotheke war, wird die Unterbringung der Anstalt in städtische Räume und die nötige Anstellung des Leiters derselben durch die Stadt zur Kostentragung. Herr Dr. Barthelme verlangt vorerst 1500 Mt. jährlich (außer den ihm zukommenden Gehältern), sowie die nötigen Anschaffungen zur Vervollständigung der Anstalt, welche etwa 7000 Mt. beanspruchen werden. Dagegen ist zu erwarten, daß, wie Konstanz, der Preis und die Kreisgemeinden sich ebenfalls der Anstalt anschließen und sie unterstützen werden. Der Vorsitzende begründet und der Stadterordnetenvorstand empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Stadtd. Flügeler befürwortet ebenfalls die Annahme, da die Anstalt im Interesse der Milchuntersuchungen sehr nötig sei. Er berichtet dabei auch den teuren Preis der Milch, trotz des großen Futtermittelüberschusses und empfiehlt die Beschaffung kondensierter Milch durch die Stadt, wie es die Stadt Laß neuerdings wieder eingeführt hat. Der Oberbürgermeister sagt zu, einen Versuch damit zu machen. Von den Ringen der Milchproduzenten und Händler sei ein billigerer Preis als 24 Pf. für das Liter nicht zu erwarten. Stadtrat Stephan und Stadtd. Oberbrunner wollen die Untersuchungsanstalt auch für den Wein als kompetent eingerichtet wissen. Die nötigen Schritte hierfür sind vom Oberbürgermeister schon getan. Stadtd. Castell wünscht besonders den Anschluß von Reß mit dem Hafen an unsere Anstalt. Auch hierfür sind die nötigen Schritte schon getan. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Dritter Gegenstand war die Lieferung der elektrischen Energie nach Eigersweier unter denselben Bedingungen, wie sie in den Verträgen mit Orienberg und Zunsweier niedergelegt sind. Die Einrichtung erfordert die Summe von 19 500 Mt. Nach kurzer Begründung der Vorlage durch den Vorsitzenden und Befürwortung durch den Stadterordnetenvorstand erklärt sich auch Stadtd. Haberer für die Vorlage und wünscht, daß, wenn mit Gemeinden in dieser Richtung verhandelt wird, jeweils ein Vertreter der Stadt dort anwesend sei. Dies wird zugesagt, soweit dies angängig ist oder von der betr. Gemeinde gewünscht wird. Die Vorlage wird schließlich einstimmig angenommen, nachdem noch die Stadtd. Volkshweizer und Kleiser in Beziehung auf eine andere Gemeinde dazu gesprochen hätten.

Die Punkte 4, 5 und 6 der Tagesordnung betrafen den Dienstvertrag mit dem Polizeigeweranten Wilhelm Säger und dem Rangleichen Otto Busch, welche beide in andere Gehaltsklassen einzurufen, sowie die Pensionierung des Feuersehauers Martin Haug. Nach der Begründung der Vorlagen und Zustimmung des Stadterordnetenvorstandes berührt noch Stadtd. Oberföll die verbrochene Verdrängung zweier anderer Beamter, welche baldige Erledigung finden sollte. Darauf wurden auch diese Vorlagen fast einstimmig angenommen.

Gegenstand 7 betraf die Vermehrung der Professorenstellen an der Oberrealschule. Zurzeit sind dort tätig 1 Direktor, 8 Professoren, 2 Meallehrer und 6 Lehramtspraktikanten. Das Unterrichtsministerium wünscht die Errichtung drei neuer Professorenstellen zwecks Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen etatsmäßigen und nicht-etatsmäßigen Lehrstellen an der Oberrealschule. Die Mehrbelastung der Stadt wird etwa 1800 Mt. betragen. Auch diese Vorlage wird gegen einige wenige Stimmen gutgeheißen.

Eine eingeschobene mündliche Vorlage, welche mit dem neuen Krankenhaus zusammenhängt und als achter Gegenstand verhandelt wurde, betraf die Forderung von 4500 Mt. zur Errichtung eines Automobilschuppens im Ammen des neuen Chenzahaus. Die Forderung wird vom Vorsitzenden und Stadterordnetenvorstand zur Annahme empfohlen, während Stadtd. Stillein die Forderung viel zu hoch fand, ebenso Stadtd. Stigler, während Stadtd. Wehler und Haberer den Standort des Schuppens an der Straße bemängeln. Stadtd. Stürer ist für Annahme der Vorlage. Der Stadtrat war schon im Begriffe, die Vorlage vorläufig zurückzuziehen, als noch eine Einigung dahin zustande kam, daß der Stadtrat versuchen will, mit 4000 Mt. auszukommen. Da die Mehrheit des Kollegiums wie immer in großer Bewilligungslaute war, schloß sie auch diesen letzten Wiffen und genehmigte die 4000 Marklein. Ob's reicht?

Als neunter und letzter Punkt der Tagesordnung folgte die Verkündigung und nähere Erklärung der städtischen Sparkassenrechnung pro 1912, über deren Endbesultat wir in der Nummer 150 des „Volksfreund“ schon berichteten.

* Wforheim, 7. Juli. Als am Samstag abend einige junge Leute in einer hiesigen Wirtschaft beim Kartenspiel saßen, fiel plötzlich aus ihrer Mitte der 19 Jahre alte Buchhalter Friedrich Wurfhard tot vom Stuhl. Ein Herzschlag hatte ihn getroffen. Alle Wiederbelebungsbemühungen waren vergeblich.

Mannheim, 7. Juli. Eine Chetragödie spielte sich heute früh im Hause P 6 21 (Heidelberger Straße) ab. Der Blumenhändler Karl Friede erschickte seine Frau und dann sich selbst. Die Nachbarn hörten heute morgen einen lebhaften Streit zwischen den beiden Ehegatten; gleich darauf fiel ein

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.

Wahrscheinlich vertrieben, und diese Fragen können nicht ohne die tätige Mitwirkung der Arbeiterschaft gelöst werden. Auch hier eröffnet sich wieder ein großes Arbeitsfeld für die Arbeiterjugend, aus dem Inbalt der loeblichen erfindenen Nr. 14 des 5. Jahrganges haben wir hervor: fordert er die Besuchen (Schulung). Die Bundesversammlung in Weisburg an der Lahn

dumpler Schuß und Frieble stürzte in halb angeleibtem Zustande aus seiner Wohnung heraus, nach dem im Hofe gelegenen Abort. Hier gab er einen Schuß auf sich selbst ab und stürzte tot zusammen. Die Verhältnisse zwischen beiden Ehegatten sollen schon längere Zeit getrübt gewesen sein und zwar wegen der Lebensführung des Mannes. Er trank viel, weshalb ihm die Frau öfters Vorwürfe machte. Anscheinend kam es auch heute morgen wieder deswegen zwischen den Ehegatten zum Streit. Im Hause herrschte wegen der Tat eine fürchterliche Aufregung. Frieble steht im Alter von ungefähr 40 Jahren, seine Frau in den dreißiger Jahren, das Ehepaar hinterläßt ein zirkel 12 Jahre altes Söhnchen, das zu Hause bei den Eltern war, und eine etwa 13 Jahre alte Tochter, die im Schwarzwald bei Verwandten untergebracht ist.

Liedestrage. Gestern früh 10 Uhr fand der Feldhüter von Sandhofen im Gewann Entenest bei Sandhofen den 18 Jahre alten Fabrikarbeiter Johann Bauer aus Lampertheim und dessen Geliebte, die 16 Jahre alte Fabrikarbeiterin Maria Müller von Sandhofen, beide mit Schußverletzungen im Kopfe. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß das Liebespaar gemeinschaftlich in den Tod gehen wollte, weil die Mutter des Burschen das Verhältnis nicht duldet. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus in Sandhofen verbracht.

Unglücksfall. Gestern nacht ist der Schiffsführer Valentin Mah von Gauh aus Unvorsichtigkeit vom Boot Rdn Nr. 29 aus über Bord in den Rhein gefallen. Seine Leiche wurde gelandet und auf den hiesigen Friedhof verbracht.

Ein frecher Straßenraub wurde letzte Woche bei Tag auf offener Straße von einer noch unbekanntem, circa 19jährigen Frauensperson ausgeführt. Die Ehefrau Müller holte sich von der Sparkasse 830 Mk. und traf dort mit dieser Frauensperson zusammen. Sie wurde dann von dieser verfolgt und auf dem Platanen ihrer Parzelle beraubt.

Mheinau (N. Mannheim), 7. Juli. In dem Kohlenlager der Firma Geber u. Mader, Schiffahrt, Expedition und Lagerung, am Mheinau, brach am Samstag abend Großfeuer aus. Ein großes Brückengerüst von mehreren tausend Metern ist anscheinend aus Selbstentzündung in Brand geraten. Die freiwillige Feuerwehr von Mheinau konnte nach stündiger angestrengter Tätigkeit den Brand lokalisieren und das Weitergreifen auf die nur durch eine Erzschicht getrennte, bedeutend größere Lagerhalle, in der sich noch größere Kohlen- und Braunkohle, sowie Phosphatvorräte befinden, verhindern. Der Schaden dürfte 10 000 Mk. übersteigen, der aber durch Versicherung gedeckt ist.

Heidelberg, 7. Juli. Juwelenfund. Die junge Gemahlin eines Straßburger Offiziers verlor auf ihrer Hochzeitsreise auf merkwürdige Weise in Heidelberg einen goldenen Anhänger, ein Medaillon, das mit Perlen und Smaragden besetzt war und einen Wert von 1000 Mk. darstellt. Um nichts unversucht zu lassen, meldete man den Verlust der Heidelberger Polizei. Dort erschien nun dieser Tage der Justizrat Dr. Hartmann aus der Weingartner Straße und überbrachte das Schmuckstück, das er rein zufällig bei einer Reparatur in einer Mühle des alten Gemüters am Heidelberger Schloß entdeckt hatte. Ein Schmittmeister unter den Gemütsarbeiten hatte den Mann auf das Kleinod aufmerksam gemacht. Durch das Straßburger Fundbüro wurde der Gegenstand der Verleiherin zurückgeholt, die begreiflicherweise einen reichlichen und über den gesetzlichen Forderlohn hinausgehenden Forderlohn dem ehrlichen Manne zukommen ließ.

Einheim, 7. Juli. Münzenfund. Bei Wegbauten, die gegenwärtig im Wald bei Hoffenheim vorgenommen werden, wurden von den Arbeitern über 100 Silber- und Kupfermünzen gefunden, die zum Teil aus dem 18. Jahrhundert stammen.

Singen, 7. Juli. Die gestrige Teilaufführung, welche von über 3000 Personen besucht war, war ganz auf der Höhe. Das Publikum, unter dem sich viele Schweizer befanden, spendete lebhaften Beifall. „Zell“ wird voraussichtlich das erste Zugstück der Saison werden. Nächster Sonntag gelangt „Die Hühnerdin“ zur Aufführung.

Im abgelaufenen Monat hat sich die Einwohnerzahl der Stadt Singen um 113 vermehrt. Sie beträgt jetzt über 11 000. — Auf glänzliche Weise verläuft heute vormittag ein lediger Jagdtechniker aus Meitingen (Württemberg) in einem hiesigen Geschäft Selbstmord. Er hatte sich einen Schuß in die rechte Schläfe beigebracht, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, ist das Motiv der Tat unglückliche Liebe.

Aus Liedolsheim schreibt man uns: Am letzten Sonntag fand hier das Gartenfest der vereinigten Arbeitervereine statt, welches einen schönen Verlauf nahm, wenn auch die Einwohnerzahl in allgemeinen an demselben keinen Anteil genommen hat. Umso mehr sind wir unseren auswärtigen Freunden von Mheinau und Krielingen für ihre Beteiligung und Mitwirkung, sowie der Gemeindevorwaltung, die uns wie jedem Verein die nötigen Bretter und Stangen unentgeltlich zur Verfügung stellte, dankbar. Dabei muß allerdings gesagt werden, daß einige Personen von hier dabei eine recht uneheliche Rolle spielten, indem sie sich zur Aufgabe machten, das Fest nach Möglichkeit zu führen und die Festteilnehmer zu infiltrieren. Allen voran ein hiesiger Anstreicher namens Gustav Roth, der als Nachbar des Gartens schon vorher überall herumgeschlichen hat, er werde dem Fest zu Ehren seine Abortgrube leeren und dieses duffige Vorhaben auch wirklich in die Tat umsetze, obgleich dieser „Arbeiter“ vorher aufgefunden wurde, dies im Interesse des Ansehens der Gemeinde und der auswärtigen Gäste zu unterlassen. Die letzteren werden einen schönen Begriff von Liedolsheim mit nach Hause genommen haben. Dieser Herr hat schon gelegentlich der Malenaussprechung bei der Firma Behnd u. Schade in Karlsruhe eine wenig rühmliche Rolle gespielt, indem er den Malermeister marxierte und den Arbeitern in den Rücken gefallen ist und jetzt noch diese erbärmliche Tat Arbeitern gegenüber.

Über auch noch andere taten sich hervor, um ihre „Bildung“ zu zeigen. So hat einer beim Abmarsch der Annelinger diesen „Lumpensindeln“ und „Rausbuden“ nachgerufen. Ferner sollen einige Mheinauer Festteilnehmer mit Bengeln und Mistgabeln bearbeitet worden sein. Auch sind Schüler, welche am Sonntag den Festplatz betreten, von ihrem Lehrer gelin und blau geschlagen worden.

Man sieht an diesen Beispielen, welche Antipathie man noch teilweise auf dem Lande Arbeitervereinen entgegenbringt und welche Berge von Hindernissen und Hemmnissen wir noch zu besichtigen haben. Aber wenn es auch heißt: „Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens“, so werden wir doch weiterkämpfen, bis unsere gute Sache zum Siege geführt ist.

Großfeuer.

Langenzell (N. Heidelberg), 7. Juli. Das dem Prinzen von Löwenstein gehörige Holzgut Langenzell, welches zurzeit an die Puderfabrik Waghausel verpachtet ist, wurde Sonntag mittag von einem schweren Schadenfeuer heimgesucht. Es wurde der ganze rechte Flügel, welcher sich an der Chaussee nach Rebenfeld hinzieht, ein Raub der Flammen. Die Spiritusbrennerei, die Wohnung der Gräfin von Reichenbach und die Kutscherwohnung, alles brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die in diesem Flügel aufgespeicherten großen Deuborräte fielen ebenfalls dem Feuer zum Opfer. Die Hühnställe sind, da sie aus feuerfestem Material bestehen, fast verheilt geblieben. Es sind circa 1000 bis 1200 Zentner Heu verbrannt. Auch die Geräte und Maschinen der Brennerei verbrannten, andere muß-

ten stark beschädigt. Der Verlust von Vieh ist nicht zu beklagen. Als Entzündungsurache des Brandes wird Selbstentzündung des Heues angenommen. Der Schaden beträgt circa 200 000 bis 250 000 Mk.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. Juli.

Sozialdemokratischer Verein (Frauensektion).

Für die Frauensektion findet am Donnerstag abend im „Auerhahn“ eine Versammlung statt mit Vortrag über: „Die Volksschule, wie sie ist und sein soll“. In Anbetracht des besonders für die Frau als Erzieherin der Kinder wichtigen Themas darf wohl vollständiges Erscheinen der Genossinnen erwartet werden.

Aus Daglanden.

In seiner letzten Sitzung vom 8. Juli beschäftigte sich der Karlsruher Stadtrat mit der Straßenbahnangelegenheit nach Daglanden. Bekanntlich haben vor einigen Wochen mehrere hundert Bürger von Daglanden an das Ministerium des Innern ein Protestschreiben gerichtet, in welchem die Regierung ersucht wird, die Stadtverwaltung zu veranlassen, daß die städtische Straßenbahn unentgeltlich nach Daglanden durchgeführt wird, wie es im Eingemeindungsvertrag, der gesetzlich festgelegt ist, auch enthalten ist. Auch wird in diesem Protest von einer großen Gesehensmachung seitens des Stadtrats gesprochen. Wie aus dem Stadtratsbericht ersichtlich ist, bringt man wieder die faktisch bekannten Ausreden, welche der Oberbürgermeister schon dusehndmal in den Bürgerausschüttungen angeführt hat, als Grund, daß die städtische Straßenbahn nach Daglanden nicht durchgeführt werden kann.

Man braucht nun nicht juristisch oder technisch ausgebildet sein, um zu konstatieren, daß diese kleinlichen Gründe nicht stichhaltig sind. Welche Hindernisse sind denn vorhanden? Man könnte meinen, der St. Gotthardsberg liege zwischen Karlsruhe und Daglanden. Und wenn wirklich Hindernisse vorhanden wären, so hat man das doch schon vor der Eingemeindung gewußt. Wir Bürger von Daglanden sind fest davon überzeugt, daß es nur am guten Willen seitens der Stadtverwaltung fehlt, und daß der Herr Oberbürgermeister dabei die erste Geige spielt, begreiflich kein Bürger in Daglanden.

Ober glaubt denn der Herr Oberbürgermeister, daß es mit dieser Verzögerungspolitik, wie diese wieder aus dem Stadtratsbericht ersichtlich ist, so weiter gehen kann? Der Bürgersektion von Daglanden liegt sehr die Geduld obenan.

Wenn nun der Herr Oberbürgermeister meint, daß durch die Vergesellschaftung der städtischen Straßenbahn mit der süddeutschen Eisenbahngesellschaft den Dagländern Gelegenheit geboten worden wäre, eine Bahnverbindung zu bekommen, so möchten wir ihm erwidern, daß wir diese Bahnverbindung schon vor 21 Jahren hätten bekommen können, wenn wir sie gemollt hätten, ohne Hilfe des Oberbürgermeisters von Karlsruhe.

Wir Dagländer haben uns nicht mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft eingemeindet, sondern mit der Stadtgemeinde Karlsruhe. Wir haben nebst unserem großen Gelände noch ein Verwermögen von 600 000 Mark in die Eingemeindung gebracht, was ja die Stadt auch schon einige Tage vor der Eingemeindung schmunzelnd eingesehen hat. Deshalb werden wir auch nicht eher ruhen, bis der gesetzlich festgelegte Vertrag erfüllt ist. Und wenn der Stadtrat von Karlsruhe den Vorwurf der Gesehensmachung mit Entschiedenheit zurückweist, so sagen wir Bürger von Daglanden: so lange der Stadtrat seine gesetzlichen Verpflichtungen uns Dagländern gegenüber nicht erfüllt, liegt eine Gesehensmachung vor, und dabei bleibt's.

Rüppurr.

20jähriges Stiftungsfest des Arbeiterfangereins Rüppurr. Am Samstag abend begann der Verein die Feierlichkeiten mit einem in allen Teilen wohl gelungenen Festbankett im Rasthofhotel. Zahlreich hatten sich die Vereinsmitglieder mit ihren Angehörigen und Gästen eingefunden. Nach Eröffnung durch ein Musikstück und einem schon vorgetragenem Chor des festgebenden Vereins hieß der Vorstand Anton Körner die Anwesenden willkommen und wies auf die Bedeutung des Festes hin. Songesengenfolge G. Lutz. Entlingen gab in beifällig aufgenommenen Ausführungen einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Vereins. Aus kleinen Anfängen heraus ist der Verein seit dem 20. Juli 1893 zu einem starken, 200 Mitglieder zählenden Klub des Bad. Arbeiterfängerbundes herangewachsen. Der Uebertritt zum Bund wurde 1907 mit 60 gegen 5 Stimmen beschlossen und hat sich der Verein seit dieser Zeit in jeder Hinsicht bemüht, den Anforderungen, die sie an einen Arbeiterfängerverein gestellt werden, gerecht zu werden. Anschließend händte eine Ehrung der noch im Verein mitwirkenden Mitglieder und anderer langjähriger Mitglieder statt. Dem Jubilaren wurde von seiten des Vereins ein geschmackvolles künstlerisch gearbeitetes Diplom überreicht. Alle Jubilare dankten dem Verein mit dem Gelübnis, daß sie auch ferner mit ganzer Kraft dem Verein angehören wollen. Songesengenfolge von Benroy sang mit seinem weichen schönen Tenor zwei Solis, von welchem wir als besonders gut gegeben das Kratslied aus „Lohengrin“ hervorheben möchten. Eine Abteilung der Freien Turnerschaft führte neben Festübungen eindrucksvolle Marmorgruppen vor. Nachdem der Verein noch einen Chor gesungen, fand das Festbankett seinen Abschluß.

Mit banger Sorge sah man dem Hauptfesttag, dem Sonntag, entgegen. Tiefes Graue bedeckte den Himmel und ließ ahnen, daß das Fest, zu dem sich so zahlreich die Nachbarvereine angefaßt hatten, betregnet wird. Aber die gesamte Einwohnersektion von Rüppurr ließ es sich nicht nehmen, den Arbeiterfängern einen freundlich gastlichen Festort zu bieten. Fleißige Hände waren von frühesten Morgen an bemüht, die Häuser mit frischem Grün und farbenprächtigen Guirlanden zu schmücken. Der Stadtrat der „gaisfreundlichen“ Stadt Karlsruhe hätte hier sehen können, welche erquickliche Sympathie von seiten der gesamten Bevölkerung den Arbeiterfängervereinen entgegengebracht wird. An dieser Stelle sei allen für diese heilsamen Aufmachungen bestens gedankt. Früh morgen weckte die Feuerwehrlin die Schläfer, sie daran mahnend, daß heute Sonntag im Ort ist. Um 11 Uhr war Festkonzert im „Rasthofhotel“. Zu demselben hatten sich viele Zuhörer eingefunden. Das Programm war ein wirklich geliebtes. Der festgebende Verein unter der bewährten Leitung von Herrn Kapellmeister Rypinski zeigte in seinen Vorträgen, daß er es mit seinem gut ausgelegenen Stimmmaterial auf eine Höhe in der Gesangsleistung gebracht hat. Harmonisch rein und gut eingearbeitet trug der Verein die Chöre „Märzli“ von Angerer, „Rechertruff“ von Bengert, „Das Mühlrad“ von Rod und „Mein Bua“ von Bafelt vor. Anerkennenswerterweise hatte sich zu dem Festkonzert der gemischte Chor des „Bruderbund“ Mühlburg zur Verfügung gestellt. Gut gefaßt unter der Führung ihres Dirigenten Herrn Rypinski sang der gemischte Chor: „Mein Lied“ von Uffmann; „O du himmelblauer See“ von Müllers-Rypinski und „Der Jäger“ von Müllers-Rypinski. Stimmlich war die Anerkennung für die gute Leistung. Die Zusammenlegung des Chores ist eine gute und man möchte fast sagen, daß man es jeder der Sangerinnen ansieht, daß sie mit Begeisterung bei der Sache sind. Als Solisten wirkten Herr Konzertmeister

Burkl und Herr Dreigert, beide vom Sommertheater Karlsruhe, mit. Herr Dreigert (Cello) brachte „Liebeswerbung“ von Beder und „Scherzo“ von Böns zum Vortrag. Besonders war es „Liebeswerbung“, welches bewies, daß Herr Dreigert ein Meister auf seinem Instrument ist. Herr Burkl (Violine) brachte uns in „Nocturno“ von Chopin-Sarajate und „Zigeunerweisen“ von Sarasate gute Leistungen. „Zigeunerweisen“ fand den besten Anklang. Mit reichem Beifall dankte die Zuhörerschaft den beiden Künstlern. Einflößend möchten wir hier doch mitteilen, daß in Karlsruhe anscheinend kein Fest der Arbeiter gefeiert werden kann, ohne daß gewisse Mautwürfe von ihrer ekelhaften Tätigkeit Zeugnis abgelegt haben müssen. Für obige Solo-Stücke waren nämlich zwei Künstler vom Hr. Hoforchester gewonnen. Aber in letzter Stunde, nachdem alles vorbereitet war, haben beide brieflich abgelehnt. Dem Fest ist dadurch allerdings nicht geschadet worden; denn die beiden anwesenden Künstler boten guten Gesang. Ob aber diese „freundlichen“ Kreise mit ihren Mautstücken nicht das Gegenteil von dem erreichen, was sie wollen?

Nach und nach fanden sich die Vereine ein und der Regen auch. Dieserhalb mußte selbstverständlich der angesagte Festzug ausfallen. Schade war es, daß der so schön hergerichtete Festplatz nicht so benützt werden konnte, wie es bei schönem Wetter geschehen wäre. Das Vereinsfest fand dann im Rasthofhotel statt und man muß anerkennen, daß sich die zahlreichen Vereine trotz dem unglücklichen Wetter angelegen sein ließen, ihr Bestes zu leisten.

Wenn wir im Ganzen keine Kritik über die Vorträge der einzelnen Vereine bringen wollen, so möchten wir doch den Frauenchor Karlsruhe erwähnen. Schön vorgetragen waren die gesungenen Lieder und stimmungsvoll und begeistert war die Anerkennung dafür. Die Festbestimmung war trotz des schlechten Wetters eine gute und dazu hat das vorzügliche Arrangement der Vereinsleitung der „Freundschaft“ Rüppurr nicht zuletzt beigetragen. Bundespräsident Marxum konnte leider die zugesprochene Festrede wegen des schlechten Wetters nicht halten. Umso war Tanz im „Rasthofhotel“ und „Eichhorn“. Am Montag war noch ein kleiner Schluß-Mummel-Wummel auf dem Festplatz. Wenn das Wetter auch nicht schön war, so kann doch das Arbeiterfängerfest in Rüppurr als gut gelungen betrachtet werden.

Einstellung der Badzüge.

Von Dienstag den 8. Juli an verkehren die Badzüge Karlsruhe-Magaz nicht mehr.

Im Rheinhafen sind im Monat Mai 306 (1912: 260) Schiffe mit insgesamt 117 866 (88 802) Tonnen angekommen und 296 (238) Schiffe mit insgesamt 22 091 (27 454) Tonnen abgegangen.

Strassenbahn. Auf der städtischen Straßenbahn wurden im Monat Juni im ganzen 1 494 293 (1912: 1 260 403) Personen befördert. Die Einnahmen beliefen sich auf 131 524 Mk. (109 761 Mk.). Die Zahl der abgefahrenen Wagenkilometer betrug 322 064 (262 196). — Das Ergebnis für das vergangene Halbjahr ist: 8 431 866 (7 677 585) beförderte Personen, 730 113 Mk. (664 050 Mk.) Einnahmen, 1 840 894 (1 612 913) abgefahrte Wagenkilometer.

Städt. Arbeitsamt, Jähringerstraße 100. Im Monat Juni 1913 gelangten in dem männlichen Arbeitsnachweis 1803 Arbeitsstellen gegen 1477 im gleichen Monat v. J. zur Anmeldeung. Arbeitsuchende meldeten sich 2982 (2870). Eingestellt wurden 1487 (1215) Personen.

In dem weiblichen Arbeitsnachweis wurden 1168 (1276) Arbeitsstellen angemeldet. 906 (1018) Personen suchten um Arbeit nach. Eingestellt wurden 792 (737) Personen.

In der Abteilung Wohnungs- und Schlafstellennachweis wurden 50 (24) kleine Wohnungen, Zimmer und Schlafstellen angemeldet und vermietet 22 (17).

Bei der Rechtsauskunftsstelle suchten 412 (426) Personen in 418 (470) Fällen um Rat und Auskunft nach. Auf die einzelnen Rechtsgebiete verteilen sich die Auskünfte wie folgt: Arbeits- und Dienstvertrag 76; Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung 92; Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 9; Bürgerliches Recht 239; Sonstige zivilrechtliche Angelegenheiten 9; Sonstige öffentlich rechtliche Angelegenheiten —; Strafrechtliches 14; Sonstiges 39.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeitgeber (auch Dienstverhältnissen) wie für Arbeitnehmer (Dienstboten) völlig unentgeltlich; ebenso die Nachweisung von Kleinwohnungen und Schlafstellen. Auch ist die Erteilung von Rechtsauskünften an minderbemittelte Personen und die Anfertigung von Schriftsätzen gänzlich kostenfrei.

Zur Erleichterung des Besuches der Adria-Ausstellung in Wien werden in Mannheim, Karlsruhe und Basel in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August Rückfahrkarten nach Wien zu ermäßigtem Preis ausgegeben. Die Rückfahrkarten ab Mannheim und Karlsruhe gelten 30, ab Basel 45 Tage. Die Rückfahrkarten ab Mannheim und Karlsruhe enthalten einen Wochenschnitt, der in Wien gegen eine Eintrittskarte in die Ausstellung umgetauscht werden kann. Den Rückfahrkarten ab Basel wird bei der Ausgabe eine Anweisung auf eine Eintrittskarte zum einmaligen Eintritt in die Ausstellung beigegeben. Ueber den Preis dieser Rückfahrkarten und den Bezug durch Vermittlung anderer Stationen erteilen sämtliche Stationen Auskunft.

Ballonaufstieg. Der Ballon „Karlsruhe“ des hiesigen Vereins für Luftschiffahrt flog Sonntag vom Gastweg II zu einer Beobachtungsfahrt auf. Die Führung hatte Direktor Oeffner aus Kaiserlautern. Um 11 Uhr landete der Ballon in der Nähe von Neckarhofsheim im Neckartal. Gestigter Schmelzfall herrschte während des größeren Teils der Fahrt. Die Landfahrt des Ballons ist in 14 Tagen geplant.

Tobfuchtsanfall. Gestern nachmittag 8 Uhr bekam ein in der Jansenstraße wohnhafter lediger Tagelöhner am neuen Personenbahnhof einen Tobfuchtsanfall, in dessen Verlauf er mit einem Baumstamm, den er an der Stadgarteneinfriedigung losgerissen hatte, auf das dort verkehrende Publikum und die dort beschäftigten Arbeiter losging. Der Erkrankte wurde mittelst Krankenautos durch einen Schutzmann in das städtische Krankenhaus verbracht.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Mehgerführer erfolgte gestern vormittag an der Kreuzung von Kaiser- und Ludwig-Wilhelmstraße. Der Radfahrer — ein Tagelöhner aus Eggenstein — fiel vom Rade und erlitt Verletzungen im Gesicht und an der linken Hand.

Diebstähle. Eine in einem Fleisch- und Wurstwarengeschäft hier beschäftigte Putzfrau entwendete dort fortgesetzt Fleisch- und Wurstwaren. In ihrem Besitz wurden bei einer Durchsuchung noch für 48 Mk. Waren vorgefunden. — Im Schwimmbad des städtischen Bierbrauereibaus wurden in den letzten Tagen einem Badegast das Portemonnaie mit 84 Mk. Inhalt und einem anderen ein Paar Schuhe entwendet.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Fest-Konzert im Stadtpark. Morgen Mittwoch von mittag von 12 bis 14 Uhr findet im Stadtpark ein Fest-Konzert statt. Es wird von der vollstänbigen Feuerwehr- und Bürgerkapelle ausgeführt werden. Direktion: S. Piese, 1. Obermusikmeister a. D. Programm: 1. Festouvertüre von Keler-Bela. 2. Fantasia a. d. Oper „Die Zauberflöte“ von Mozart. 3. Cecilia-Cabotte von Bengel. 4. „Gruß an den

Hohentwiel, Lied von Stöcker. 5. Potpourri a. d. Operette „Die Fledermaus“ von Strauß. 6. Altbairischer Marsch von Godel.

Sommertheater. Heute findet die 6. Wiederholung der mit großem Beifall aufgenommenen Operette „Der liebe Augustin“ statt. Am Mittwoch wird zum erstenmal „Prima Ballerina“, Operette in 3 Akten von Schwarz und Reimann, gegeben. Darauf geht die Jubelouvertüre von Karl Maria von Weber und der Festprolog, gesprochen von Viktor Lauer. Es wird an diesem Abend zum erstenmal der kleine Festhallsaal dem Publikum als Saal während der Pausen zur Verfügung gestellt.

Neues vom Tage.

Eingeschlossene Bergleute.

Essen, 7. Juli. Auf der Zeche Brasserit wurden vier Bergleute verschüttet. Während es gelang, zwei der Verschütteten schon bald herauszubefördern, blieben die beiden anderen noch eingeschlossen. Von einem hört man noch Aufse, während man von dem vierten nichts mehr vernimmt.

Vergeblisches Opfer.

Würzburg, 7. Juli. Die aufopfernde Handlungsweise des Artillerieleutnants Dittmar in Würzburg, der sich für einen erkrankten Soldaten 1 1/2 Liter Blut abzapfen ließ, ist leider vergeblich gewesen, da der Artillerist Frankfurter trotz der Transfusion heute im Würzburger Garnisons-Lazarett gestorben ist.

In den Flammen umgekommen.

Stuttgart, 7. Juli. Bei einem heute nacht auf dem Anwesen des Dekanoms Kieber in Lannenberg (Schwaben) ausgebrochenen Großfeuer, das alle Gebäude einschloß, sind der 54-jährige Sohn des Besitzers, der Knecht Lochner und der Tagelöhner Schweigert verbrannt. Die übrigen Bewohner konnten nur mit Mühe das nackte Leben retten.

Fliegerabsturz.

Flugplatz Görries bei Schwerin, 7. Juli. Heute abend kurz vor 6 Uhr stürzte Leutnant Adamt, der heute zum erstenmal aufstieg, aus einer Höhe von 20 Metern ab, wahrscheinlich infolge eines Fehlers am Höhenmesser. Der Apparat wurde zum Teil zerstört. Der Flieger wurde schwer verletzt nach dem Garnisonskrankenhaus gebracht.

Selbstmord mit Hilfe des elektrischen Stromes.

Röhren, 8. Juli. Der Einjährig-Freiwillige des 4. Fußartillerieregiments in Magdeburg Alfred Kühne, der bei einem Besuch im Elternhause in Röhren die Abfahrt des Zuges nach Magdeburg beschloß, wurde darüber so erregt, daß er den Mast der Ueberlandzentrale erkletterte und sich durch den 6000 Volt starken Strom töten ließ.

Unglücksfall.

Zürich, 7. Juli. Auf der Drahtseilbahn zwischen Aps und Diebsteig ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Zwei Angestellte der Bahn benutzten einen sogenannten Schlitten zum Herunterfahren. Der Schlitten geriet in einen so schnellen Lauf, daß die Leute die Gewalt über ihn verloren. Sie wurden herausgeschleudert und beide getötet.

Der neue Balkan-Krieg.

Griechische Erfolge.

Athen, 7. Juli. Nach dreitägigen erbitterten und blutigen Kämpfen hat die Schlacht auf der Linie Ardschan-Kigritia vorgeführt mit einem glänzenden Sieg der griechischen Armee.

und dem vollen Rückzug des Feindes geendet. Die bulgarischen Truppen in diesen Kämpfen beliefen sich auf 80-88 Bataillone Infanterie mit 180 Kanonen und standen in verschiedenen Stellungen zwischen dem Pangeongebirge und dem Deiransee.

Athen, 7. Juli. Nach der Schlacht bei Kilikisch hat die Division des äußersten rechten Flügels der Griechen die Bulgaren nach neuem lebhaftem Kampfe zurückgeworfen. Diese zogen sich über die Struma zurück. Die Divisionen des linken Flügels griffen den Feind, der die Höhen südlich von dem Doibansee besetzt hielt, an und verfolgten ihn bis an die Strumitsa. Die Griechen haben 12 Kanonen und viele Waffen erbeutet. Die Verluste der Bulgaren sind sehr groß. Die Gesamtverluste der Griechen seit Beginn des Krieges betragen 10 000 Mann an Toten und Verwundeten.

Der bulgarische Vormarsch aufgehalten.

Belgrad, 7. Juli. Das Preßbüro meldet: Gestern herrschte an der Front der 3. Armee Ruhe. Nachdem die Bulgaren 6 Tage lang erfolglos versucht hatten, die serbischen Kampflinien zu durchlöchern, beginnen sie sich jetzt zurückziehen und ihre zerstreuten Abteilungen zu sammeln. Die Verluste der Bulgaren an Menschen sind ungeheuer groß. In Skib herrscht die Cholera. Alle Gegenmaßregeln sind getroffen.

Die Türkei rührt sich.

Konstantinopel, 7. Juli. Großes Aufsehen erregt eine Unterredung, die der rumänische Gesandte gestern mit dem Großwesir hatte. Nach der Unterredung beriet der Ministerrat die Lage. Alle beurlaubten Offiziere der Galipoli-Armee erhielten gleich den Offizieren der Tschataldscha-Armee den Befehl, spätestens am Dienstag auf ihre Posten zurückzuführen. Ausbleiben wird unter keinen Umständen gestattet. Auch die hier eingetroffenen Offiziere der Westarmee erhielten Befehl, sich bereit zu halten.

Russische Mobilmachung.

London, 7. Juli. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Odessa hat die russische Regierung die Mobilmachungsbeehle für die Garnisonen des Südens und Südwestens ergehen lassen. Die Maßnahme ist als eine Vorsichtsmaßregel angesichts des neuen Balkankrieges anzusehen.

Petersburg, 7. Juli. Laut Blättermeldung sind zum 15. Juli neue Probe-Mobilisierungen der russischen Süd-Armeen geplant.

Letzte Nachrichten.

Der neue Kriegsminister.

Berlin, 7. Juli. Der Kaiser hat den Generalmajor von Falkenhayn, Chef des Generalstabes des 4. Armeekorps, unter Beförderung zum Generalleutnant ohne Patent zum Staats- und Kriegsminister ernannt.

Die dreijährige Dienstzeit angenommen.

Paris, 7. Juli. (Vormeldung.) Die Deputiertenkammer hat mit 339 gegen 223 Stimmen denjenigen Teil des Artikels 18 angenommen, der besagt, daß jeder als militärtauglich erklärte Franzose 3 Jahre lang der aktiven Armee angehören muß.

Von der fremdenlegion.

Madrid, 7. Juli. Die spanische Presse führt Klage darüber, daß in den nordwestlichen Provinzen französische Agenten junge Burschen anwerben, angeblich als Bergleute, in Wahr-

heit als Fremdenlegionäre für den marokkanischen Feldzug. Aus Oviedo allein sind 500 Burschen nach Frankreich ausgewandert. Die Presse fordert die Regierung auf, den Werbem das Handwerk zu legen.

Paris, 7. Juli. Das Kriegsministerium demotiert die von deutschen Blättern gebrachte Erzählung von der Hinrichtung eines 17-jährigen Fremdenlegionärs namens Hans Müller in Oran. Seit 10 Jahren sei überhaupt kein Legionär in Oran hingerichtet worden. Der Oberst Kieron, der die Hinrichtung befohlen haben soll, sei nicht in Oran, sondern schon seit längerer Zeit in Fez.

Zum Streik in Südafrika.

Johannesburg, 7. Juli. Heute vormittag um 11 Uhr haben die Bergarbeiter überall im Randgebiet die Arbeit wieder aufgenommen. Mehrere Minen haben den Betrieb wieder eröffnet. Eine Anzahl von Bergarbeitern feiert aber noch, um an den Bestattungsfeierlichkeiten für die Toten teilzunehmen. — Wie das „Reutersche Büro“ erfährt, hat die Streikleitung erklärt, daß, obwohl der Ausstand offiziell beendet sei, die Lage infolge der von zahlreichen Ausständigen vorgebrachten Einreden noch immer unsicher sei. Gemäß dem Uebereinkommen stellen die Streikleiter eine Liste der Beschwerden auf, die der Regierung unterbreitet werden soll.

Briefkasten der Redaktion.

K. Anielingen. Der Eiffelturm ist 300 Meter, der Düsseldorferturm der St. Lambertspfarckirche 58 Meter hoch.

Wasserstand des Rheins.

8. Juli. Schutterinsel 2,46 m, gest. 6 cm, Rehl 3,20 m, gest. 4 cm Maxau 4,78 m, gest. 1 cm, Mannheim 4,07 m, gest. 8 cm.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten und Feuilleton: Wilhelm Kolb; für den übrigen Teil: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Harmonie.) Heute abend punkt halb 9 Uhr Singstunde. Volljähriges Erscheinen Pflicht. Der Vorstand.

Geschäftliches.

PUCK in die neue Qualität Cigarette. Illustration of a man with a hat and a woman.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24.

Wir empfehlen Schwarzwaldführer von Ruffemer 2 Mk., Touristenkarten usw. Kursbuch 70 Pf., Witzfahrplan 25 Pf.



Sunlicht Seife

Ist in hervorragender Weise geeignet, die üblen Fettansätze u. schlechten Gerüche von Teller, Schüssel, Topf und Pfanne wie auf ein Zauberwort zu entfernen, und alsbald erglänzt das Geschin wieder in appetitlicher Sauberkeit. Das macht die Sunlicht Seife!



Betten · Wäsche · Ausstattungen liefert billigst in Christ. Bertel · Karlsruhe guter Ausführung Kaiserstr. 101/103 : Tel. 217 : Rabattmarken.

Wichtig gel schneidende Rasiermesser. Kronen-Silber N. 1.25, Kronen-Silber N. 2.25, Wälder N. 1.50.

Diwans! Große Auswahl in neuen Plüsch-Diwans von 35 und 40 Mk. an, hochf. mod. Dessins von 55 Mk. an. (Keine Fabrikware.) Gebe extra noch 1777 10% Rabatt bis 10. Juli. Postermöbelhaus R. Köhler, Schützenstr. 25.

Billiges Angebot! Kostüme M. 3.50 an, Mäntel M. 4.50, Röcke M. 3.50, Kostüm-Röcke M. 2.90, Blumen, weiß u. f. g. M. -75, Damenhemden M. -95, Damenhosens M. -95, Untertailen M. -75. Wilhelmstr. 34, 1 St. Keine Ladensbesen. 1831

Brennholz sehr billig zu verkaufen bei Georg Schaffert Zimmermeister Mühlburg, Albstraße im Basth. zum „Lamm“. Um zu räumen werden sämtliche Herrenkleider - Stoff-Reste, Kostüm- und Loden-Reste zu enorm billigen Preisen abgegeben. 1192 Kaiserstr. 133 I Treppe hoch. Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse. Diwan für 35-M zu verkauf. Luisenstr. 35, Stk.

Sehr billig abgegeben: Gute Chaiselongue 80 M, Vertikob25-M, gutes Deckbett 10 M, 2 Kissen, Klappstuhlwagen, Kinderdeckbett, Kinderwagendecke 1 M, 6 Stühle, rotes Sofa 18 M, Küschbinan, Zwei englische Betten mit Blüten u. Matragen, Chiffonier, viered Zimmerisch mit Eisenplatte, Diplomatenstisch, Wäckerregal. 2043 Adlerstr. 17, 1 Treppe hoch.

Sommer-Theater. DIRECTION FR. GRUNWALD. Dienstag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, 2090 „Augustin“ Brauerstr. 15, 2. St., sind 2 möbl. Zimmer zu verm.

Ernst Marx Luisenstrasse 45, Fernruf Nr. 3086 empfiehlt sein grosses Lager in Herden, Oefen, Grudeöfen, Gasherden, Küchen- und Haushaltartikeln, Lampen für Gas u. Petroleum u. deren Ersatzteile, Glas, Porzellan, Steingut etc. Billige Preise! 1882 Roelle Bedienung!

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Rahmgebisse, Pfandscheine, Möbel, Reisekoffer. 196 Erstes größtes An-levy u. Verkaufsgeschäft Martgrafenstr. 22. Tel. 2015 Müllabfuhr. Mittwoch, den 9. ds. Mts. wird kein Müll abgeholt. Dafür findet am darauffolgenden Tag die Müllabfuhr im ganzen Stadtgebiet statt. 2095 Karlsruhe, den 5. Juli 1913. Stadt. Tiefbauamt.

Jeden Dienstag Schlachttag wozu höflichst einladet St. Hurrele „Zur Germania“ Welfenstr. 13. 1769 Herren-Anzüge reinigt à 2.50 Mk. Chem. Wäscherei Firnrohr Kaiserstr. 28. 1791

Ständesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Geschäftlichen. Emil Artmann von hier, Architekt hier, mit Maria Rastätter von hier. — Rudolf Ulmer von hier, Eisendreher hier, mit Sofie Bodner von hier. — Waldemar Böding von Stettin, Kaufmann hier, mit Auguste Strengels von Priesfeld. Ständesbuchauszüge der Stadt Durlach. Geburten vom 27. Juni bis 2. Juli. Artur Verold, B. Karl Wilhelm Riech, Kontrolleur. — Frida Luise, B. Gustav Christian Kleiber, Fabrikarbeiter. — Elisabeth Maria Beria, B. Hermann Oswald Heinrich Garhen, Apotheker. Gestorben vom 28. Juni bis 3. Juli. Friedrich Schneider, gesch. Tagelöhner, 59 J. alt. — Ludwig Heinrich Scholl, Tagelöhner, Witwer, 49 J. alt. — Erwin Erich, B. Artur Emil August Steud, Hausmeister, 1 J. 9 Mon. alt. — Wilhelmine Christine, B. Gustav August Kleiber, Tagelöhner, 1 J. 3 Mon. alt. — Waldemar Reinhold Hans, B. Arthur Emil August Steud, Hausmeister, 5 J. alt. — Erich Erwin Josef, B. Erwin Arthur Ohler, Eisendreher, 9 Wochen alt. — Wilhelm Adolf, B. Josef Minich, Bierbrauer, 2 Mon. alt.

Streichmaschinen aller 2085 Systeme, mit 30-50 Anzahlg. Katal. feil. F. Strich, Braunschweig.

Sängerbund Vorwärts

18 90

Karlsruhe

Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem städtischen Kinderspielplatz im Stadtwald (5 Minuten hinter dem Wasserwerk)

Grosses Kinderfest

anschliessend

Grosser Kinderfestzug

mit Prämierung der schönsten dekorierten Kinder- und Sportwagen. (8 Preise.)

Mitwirkung von 2 Musikkapellen.

Aufstellung nachm. 1/2 2 Uhr beim Tivoli. Abmarsch punkt 2 Uhr durch die Rüppurrer-, Schützen-, Werder-, Marien- und Augartenstrasse zum Festplatz. Anschliessend hieran

Volksbelustigung

mit Unterhaltungsspielen: Glücksrad und Messerringwerfen. Aufführungen von Kinderreigen u. Kinderchören, ferner Kinderspiele: wie Kletterbaum, Fassreiten, Armbrust- und Gewehrschiessen, Topf schlagen, Taubenstechen, Ballwerfen, Sacklaufen usw.

Grosse Festbretzel-Verteilung.

Bei eintretender Dunkelheit Lampionzug zurück zur Stadt.

Für zahlreiche Sitzgelegenheit, gute Bewirtung (ff. Schremp hell und dunkel), sowie Speisen zu Tagespreisen ist reichlich Sorge getragen.

Hiezu laden wir unsere verehrl. Mitglieder, Partei-, Gewerkschafts- und Sangesgenossen, sowie Gönner des Vereins nebst Angehörigen freundlichst ein.

Der Vorstand.

NB. Für die teilnehmenden Kinder werden am Tage des Festes von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1/2 2 Uhr im Vereinslokal, „Deutsche Eiche“, Augartenstr. 60, Festabzeichen verabfolgt, welche zur kostenlosen Abgabe eines Tragstabes, Mitwirkung bei den Kinderspielen (werden Geschenke verabfolgt) und einer Festbretzel berechtigen. Preis des Abzeichens 10 Pfg. Dasselbe wird an alle Kinder oder deren Eltern zur angegebenen Zeit abgegeben. De: 0 lge.

Bei ungünstiger Witterung findet das Fest am 20. Juli statt.

Gewerkschaftskartell Durlach.

Sonntag den 13. und Montag den 14. Juli findet in Durlach auf dem Turnplatz der freien Turner (beim Bahnhof) ein

Gewerkschafts-Fest

statt. Musik, Gesangsvorträge, turnerische Aufführungen, Volks- und Kinderbelustigungen aller Art. Kletterbaum, Karussell, Schaukel usw. am Plage. Zwei gedeckte Zelthallen, Eglau- und Wagnerbier, für gute und preiswürdige Bewirtung ist Sorge getragen.

Eintritt zum festplatz frei.

Hierzu laden wir die organisierte Arbeiterschaft von Durlach und Umgebung, sowie die Arbeiterportvereine und die Einwohnerschaft Durlachs freundlichst ein.

Aufstellung zum Festzug um 2 Uhr bei der „Blume“.

Die Kommission.

Mehl-Zentrale

Karlsruhe

Werberplatz 37) Tel. Ludwigplatz 65) 484
Gardstrasse 7
Baldhornstrasse 48
Rudolfstrasse 15
Morgenstr. 31
Aue, Kaiserstr. 6.

Griff eingetroffen:

Neue Bismarckheringe

Neue 2092

Vollheringe

Neues

Sauerkraut

Neue

Kartoffeln

Sommer-Malta und Italiener zu billigsten Preisen.

Neu eröffnet: Morgenstr. 31.

Billig.

Schöner zweiflügeliger Kleider- schrank, zum Abhängen, nur 20 Mk., Herren-Fahrrad, gut erhalten, 20 Mk., Zimmerstühle 6 Mk., Küchengerät 5 Mk., zu verkaufen. 2088
Eisenweinstr. 42, Stb. 2. St.

Berghausen.

Beseidigungsurkunde. Die Aussage, daß die Frau des Albert Uderis bei dem Brande des Bldg. Schurr einen Korb voll Wäsche fortgetragen hat, nehme ich zurück. 2084
Karl Cramer, ledig
Brückstrasse 20.

Metropol Theater.

Karlsruhe

Schillerstr. 22, Ecke Göthestr.

Vom 9. bis incl. 11. Juli

Sergeant

Bender

Wild-West-Drama.

Zuma

Dramatisches Lebensbild in 2 Akten.

Extra-Einlage:

Dankbarkeit des Banditen

Drama aus dem Leben in 3 Akten.

Das übrige Programm interessant und halteren Inhalts. 2096

Jeden Mittwoch und Samstag von 4-6 Uhr und Sonn- und Feiertags von 2-4 Uhr

Große Kinder-Vorstellung.

Oeffentliche Warnung

2091 vor dem

Besuch der Lichtspiele!!

Herrenstraße 9/II

Sie kommen vergeblich!!

Weil das Theater an Direktor Hans Neumann verkauft ist und wegen einiger baulicher Renovationen von Dienstag, 8. Juli, bis Freitag, 11. Juli, geschlossen bleibt. Wiederoeffnung mit Gala-Spielplan Samstag, den 12. Juli, abends 8 1/4 Uhr.



Anfang Januar 1914

kommen nach dem

abgeänderten Plane

nahezu 1454

3000

Prämien

auf die in diesem Jahre ausgegebenen gelben Bescheinigungen zur Verteilung. Die Anzahl der Prämien hat sich gegen das Vorjahr bedeutend vermehrt. Man wolle deshalb

Bar-Rabatt

zurückweisen

und

nur Rabattmarken

des Rabatt-Spar-Vereins

Karlsruhe annehmen.

Die Vorteile vergrößern sich mit der Anzahl der Gutscheine.

Arbeits-Hosen

in ganz vorzüglichen Qualitäten empfiehlt billigst

L. Gretz

Marienstr. 27.

1484

Wilhelmstraße. Auf 1. Olo- tober 1913.

Hinterh.-Wohnung

2 Zimmer mit Gas etc. an H. Stam.

Näheres Kurvenstrasse 15, II.

Gegen Zahnschmerz

Blasscolin 800

Zu haben in allen Apotheken.

Gebisse

Werden jeden Dienstag angekauft Karlstr. 41, 3. St., 10h. pro Zahn von 30 Pfg. an.

Washkommode, nußbaum, spottiert, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe an die Exped. des „Volksfreund“ unter „Washkommode“.

Scherstr. 2, 2. St. r., ist ein schön möbl. Zimmer auf sofort oder später zu vermieten

Einmachzeit

Zucker

am Gut

Pfund 21 1/2 ⚡

bei 5 Pfd. 22 ⚡

Crystall-Zucker

Org.-Sack M 42

Zentner M 21.25

bei 5 Pfd. 22 ⚡

Grieszucker I

Zentner M 22.25

bei 5 Pfd. 23 ⚡

Candis (schwarz)

bei 3 Pfd. 34 ⚡

Pfund 35 ⚡

Nordhäuser

offen

bei 2 Liter 85 ⚡

Anseß-Branntwein

bei 2 Liter 75 ⚡

Bucherer

in sämtl. Filialen.

Kaufstraße 24.

auf Buffener

Witzfahrplan

Karlsruhe

Marken.

Theater.

am 8. Juli, 2090

Stin

2. St., find

er zu verm.

Karlsruhe.

schneidet hier, vor hier, Waldemar e Streegels

arlach.

Bertold, S. E. Gustav aria Verta,

Schneider, oll, Taglich- Emil August e Christine, kt. — Wal- end, Haus- win Arthur lt. B. Josef

Carl Schöpf Karlsruhe Marktplatz.

Beginn: 1. Juli. — Schluss: 19. Juli

Großer Saison-Ausverkauf.

Der Ausverkauf umfasst alle Abteilungen. Sämtliche Bestände aus letzter Saison in Modewaren, Damen- und Kinder-Konfektion, Wäsche, Schürzen, Teppiche, Gardinen etc. sind für diesen Zweck bestimmt. Die vorhandenen grossen Vorräte — besonders in Konfektion und Kleiderstoffen — sollen während des Ausverkaufs durch ganz besonders niedere Preise möglichst schnell reduziert werden, es sind deshalb im Interesse eines sicheren Erfolges für möglichste

Total-Räumung

durchweg ganz enorme Preisherabsetzungen vorgenommen worden.

Damen-Konfektion

- Jacken-Costume von M 24.— bis M 190.— herabgesetzt auf netto M 9.75 bis 95.—
- Tailen-Kleider von M 18.50 bis M 175.— herabgesetzt auf netto M 9.75 bis 75.—
- Leinen- u. Frotté-Kleider von M 20.— bis M 80.— herabgesetzt auf netto M 7.— bis 35.—
- Costume-Röcke von M 4.75 bis M 80.— herabgesetzt auf netto M 2.20 bis 30.—
- Unterröcke von M 1.75 bis M 65.— herabgesetzt auf netto M —.95 bis 38.—
- Morgenröcke, Matinées von M 5.50 bis M 45.— herabgesetzt auf netto M 2.50 bis 28.—

Im Ausverkauf einige 1000 Stück

- Staub-Mäntel in allen Farben von M 11.50 bis 48.— herabgesetzt auf netto M 5.75 bis 32.—
- Spitzen- u. seid. Paletots von M 29.50 bis 125.— herabgesetzt auf netto M 18.50 bis 75.—
- Farbige Paletots von M 9.50 bis M 75.— herabgesetzt auf netto M 5.75 bis 35.—
- Tüll- u. seidene Blusen von M 12.— bis M 58.— herabgesetzt auf netto M 6.50 bis 30.—
- Mousseline- u. Voile-Blusen von M 5.— bis 28.— herabgesetzt auf netto M 2.75 bis 18.—
- Wasch-Blusen von M 1.75 bis M 24.— herabgesetzt auf netto M —.95 bis 15.—

Mindestens **25%** Rabatt auf alle nicht besonders reduzierten ganz neuen Konfektionsstücke einschliesslich Hochsommer-Konfektion Mädchen-Konfektion Knaben-Konfektion für das Alter von 2—14 Jahren.

Kleider- und Blusenstoffe | Waschstoffe u. Mousseline

5 Preise für das ganze Sommer-Lager, einfarb., sowie moderne Fantasiestoffe, Streifen u. Bordüren, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Wert					5 Preise für Mousseline imit., Wollmousseline, Leinen, Zefir etc.				
Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
75,- netto	1,00 netto	1,50 netto	1,90 netto	2,50 netto	25,- netto	38,- netto	48,- netto	65,- netto	85,- netto

Mindestens 10% Rabatt	auf alle nicht in Serien eingeteilten Vorhangstoffe, weiss, crème u. bunt Brise-Bise Kongress-Stoffe Tüll-Stores Spachtel-Stores Rouleaux	Kleider- und Blusenstoffe, Waschstoffe, Wollmousseline etc.				
		Schlafdecken Steppdecken Bettdecken Bodenteppiche Bettvorlagen Wachstuche	Weisse Hemden-tuche Gebleicht Halb-leinen Gebleicht Leinen Weisse Bett-damaste Weisse Piqués Weisse Croisés	Tafeltücher Servietten Teegedecke Handtücher Tischdecken in Tuch Plüsch und Leinen.	Weisse und farbige Damenwäsche Weisse und farbige Kinderwäsche Trikotagen Herren-Nachthemden Fertige Kissenbezüge Fertige Schürzen	

Verkauf nur gegen bar. **33 1/3%** Rabatt auf alle Stoff-Reste **33 1/3%** bis 6 Meter Keine Ansichtsendungen.

Mein diesjähriger Räumungs-Verkauf

bietet aussergewöhnlich grosse Vorteile. Sämtliche Artikel sind im Preise bis zu **33%** ermässigt.

Es kommen zum Verkauf:

Kinderwagen mit Gummi und Porzellangriff M 20.— 22.— 25.— 28.— bis 50.—	Ruhestühle M 2.50 5.50 7.50 10.— bis 18.—
Klappwagen, verstellbar, mit Gummi M 8.— 12.— 14.50 16.— bis 28.—	Japantaschen mit Riemen und Lederecken M 4.25 5.25 6.25
Leiterwagen M 2.50 4.50 5.50 extragross und stark M 8.50 12.50 bis 25.—	Reisekörbe Länge 60 65 70 75 80 cm usw. mit Eisenschliessen M 4.75 5.50 6.50 7.50 8.50
Kinderstühle von 50 an, verstellbar, fein lackiert M 4.50 gepolstert M 6.50 bis 12.50	Korbwaren jeder Art, Papierkörbe, Marktkörbe, Waschkörbe, Waschkübel etc. in grösster Auswahl.
Gartenstühle, mit Armlehnen M 2.75 3.50	Kinder-Schlafkörbe mit Untergestell und Gardinenhalter M 8.25 9.50 11.—
Tische und Bänke M 5.50 6.50 fein lackiert	Prima Stoffbüsten M 4.25, mit Ständer M 7.—
Peddigrohrsessel, pr. Arbeit M 6.50 8.— 10.50 bis 20.—	
Peddigrohrsesselchen, pr. Arbeit . . M 5.50 6.— 7.50	

Trotz obiger grosser Preisermässigung gewähre ich noch einen Extra-Rabatt von **10%** oder doppelte Rabattmarken. Versäumen Sie nicht, diese aussergewöhnliche günstige Gelegenheit zu benützen.

Versand franko **J. Hess, Kaiserstrasse 123** Kataloge gratis Grösstes Spezialhaus für Kinderwagen und Korbwaren.

Arbeiterbund Vorwärts Durlach.
Samstag, den 12. Juli, abends halb 9 Uhr, im Lokal, halbjährige **General-Versammlung.**
Tagesordnung im Lokal. Vollzähliges Erscheinen erwartet. 2089
Der Vorstand.

Mittwoch abends halb 9 Uhr Ausschuss-Sitzung im „Tannhäuser“.
Der Obige.

Konsumverein für Achern u. Umg.
Sonntag den 13. Juli 1913, nachmittags halb 3 Uhr, im „Zivoli“ **ausserordentliche Generalversammlung.**
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet. 2086
Der Aufsichtsrat.

Stadtgarten.
Zur Feier des Geburtstages Seiner Königl. Hoheit des Grossherzogs Friedrich II.
Mittwoch, den 9. Juli, nachm. 4 Uhr:
Fest-Konzert
ausgeführt von der Karlsruher Feuerwehr- u. Bürgerkapelle. Leitung: Herr Obermusikmeister a. D. Liese. 2081
Eintritt: Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften 10 Pfg. Sonstige Personen 20 Pfg. Soldaten und Kinder zahlen volle Preise. Programm 10 Pfg.
Anmerkung: Abends von 8—11 Uhr findet das übliche Mittwochs-Konzert mit den gleichen Eintrittspreisen statt. Für das Nachmittags- und Abendkonzert wird nur einmal Eintrittsgeld erhoben. Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. Bei schlechtem Wetter wird das Nachmittagskonzert im kleinen Festhalleaal abgehalten, wogegen das Abendkonzert ausfällt.

Stadtgarten.
Mittwoch, den 9. Juli ds. Js., abends 8 Uhr:
Konzert
mit billigen Eintrittspreisen
ausgeführt von der **Feuerwehr- und Bürger-Kapelle.**
Leitung: Herr Obermusikmeister a. D. Liese. 2082
Eintritt: Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften 10 Pfg. Sonstige Personen 20 Pfg. (Soldaten und Kinder zahlen volle Preise). Programm 10 Pfg.
Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit. Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus.

Carl König
Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Koks-Bestellung.
Das Gaswerk übernimmt die Lieferung von Koks an hiesige Einwohner für die Zeit vom 1. September 1913 bis 31. August 1914. Bestellscheine sind im Verkaufsbureau Kaiserallee 11 und Schlachthausstrasse Nr. 3 erhältlich; auf Verlangen werden solche auch zugefandt.
Abonnementspreise:
Tuschkoks per Zentner M 1.20 ab Gaswerk
Stückkoks „ „ M 1.10 „ „
Auf Wunsch wird der Koks, bei billigster Berechnung der Zuhilfenahme, zugeführt.
— Außer Abonnement kostet der Zentner 10 s mehr. —
Kleinverkauf
zu Tagespreisen — von einem halben Zentner ab — in beiden Werken 1984
vormittags von 11 — 12 Uhr,
nachmittags von 1/4 — 1/2 5 „
Samstag vormittags von 8 — 1 „
Städt. Gaswerk Karlsruhe.